

Wäiter-Zeitung

Wählt Delegierte zur internationalen Betriebsdelegierten-Konferenz am 29. Januar

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kriebitzer Straße 50. Fernsprecher 4302. Postfach 4302. Postamt Breslau.
Redaktion: Breslau 10, Kriebitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 4392. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsabend: Breslau. — Verlag: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kriebitzer Straße 50. Fernsprecher 4302.

Was ist das „Notwerk der deutschen Jugend“?

Zwangsarbeit für 300 000 Jugendliche

Der Kommunismus ruft die Jugend zum Kampf gegen alle Formen der Zwangsarbeit, für Arbeit, Brot und Freiheit in einem Sowjetdeutschland!

Das Schleicher-Kabinett hat am 21. Dezember beschlossen, dem „Notwerk der deutschen Jugend“ 9-10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, damit für etwa 300 000 Jugendliche, die in diesem „Notwerk“ erfasst werden sollen, eine Beihilfe zu einem warmen Mittagessen in Höhe von 20 Pfennig pro Tag und Kopf gegeben werden kann. Für diesen Zuschuß sollen die Jugendlichen gezwungen sein, mindestens vier Stunden täglich Arbeit zu leisten.

So rüffelhaft es auch vorläufig ist, welche Art von Arbeit den Jugendlichen gegeben werden soll, zeigt der Beschluß, daß man mit dem „Notwerk der deutschen Jugend“ ernst machen will. Schleicher lagte darüber in seiner Mundumtred:

„Die Reichsregierung wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser, öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Übungen und geistige Fortbildung zu verschaffen. Die Unterstützung soll ein Anreiz zur Hilfe aller Schichten des Volkes sein und den Verbänden und Bänden ein großes Feld segensbringenden Dienstes in Verbindung mit Staat und Selbstverwaltung eröffnen. Die Erfahrungen von Bänden und Stadtverwaltungen beweisen, daß das Notwerk in großem Ausmaße erfolgreich gestaltet werden kann.“

Es handelt sich also darum, daß die faschistischen Bände, SA, Stahlhelm, Jugendliche zusammenfassen und sie in ihrem Sinne drehen. Sie sollen auch zur Zwangsarbeit herangezogen werden. Man wird sie in bestimmten Lehrwerkstätten und ähnlichen Betrieben so ausbilden wollen, daß sie bei Arbeitskämpfen gegen die Arbeiter ausgepielt werden können. Darum muß mit allen Mitteln dieser faschistischen Beeinflussung von Jungarbeitern entgegen gewirkt werden.

Für einen Teller Suppe sollen Hunderttausende erwerbslose jugendliche Arbeiter an faschistische Bände-Küchen zu täglich 4 Stunden Zwangsarbeit und zu faschistischem Drill eingezwungen werden. Jetzt

wird noch amtlich mitgeteilt, daß dieses „Notwerk der deutschen Jugend“ vom Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden soll. Das deutet darauf hin, daß die Mittel der Reichsanstalt, die schon bisher zur Finanzierung des Arbeitsdienstes mißbraucht worden sind, auch noch zur Finanzierung des „Notwerkes der deutschen Jugend“ verwendet werden soll.

Die Mittel der Reichsanstalt werden durch Beiträge aufgebracht, die Leistungen der Reichsanstalt wurden immer mehr gekürzt. Die Deutscher Arbeiterpartei hat die Reichsanstalt zur Unterstützung um 20 Wochen auf 6 Wochen herabgesetzt.

Die Arbeiterklasse erhebt den schärfsten Protest dagegen, daß die Mittel für den faschistischen Arbeitsdienst und das sogenannte „Notwerk“ verwendet werden. Sie fordert höhere Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, insbesondere eine menschenwürdige Unterstützung für alle arbeitslosen Jungproletarier.

Mit wirklicher Arbeitsbeschaffung hat das „Notwerk der deutschen Jugend“ nichts zu tun. Die deutsche Bourgeoisie will 300 000 jugendliche Proleten militärisch drillen und faschistisch erziehen, um so ihren imperialistischen Plänen näher zu kommen. Wir haben die Aufgabe, diesen jugendlichen Proleten den wirklichen Ausweg zu Arbeit und Brot zu zeigen. Nur durch die Befreiung der kapitalistischen Ordnung und Errichtung eines Sowjet-Deutschlands wird allen werkfähigen Schichten Arbeit und Brot garantiert. Nur in einem proletarischen Deutschland wird man besonders viel für die Jugend tun. Die Sowjetunion ist uns ein glänzendes Beispiel sozialistischer Kinder- und Jugendfürsorge. Dort gibt es keine Arbeitslosigkeit, auch keine andere Form der Zwangsarbeit bei einem Teller Suppe, sondern dort gibt es Arbeit, Brot und Freiheit.

Die Millionen jugendlicher Arbeiter, die arbeitslos auf dem Pflaster liegen, müssen gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern den Kampf um ihre Lebensforderungen fortsetzen.

Achtung! Sondernummer!

Am Sonnabend erscheint unsere Sondernummer „14 Jahre KPD.“. Wir machen die unteren Organisationseinheiten heute schon auf diese Nummer aufmerksam und erwarten umgehend die Bestellungen.

Redaktion und Verlag

Der proletarische Internationalismus

Die Anerkennung des Internationalismus lediglich in Worten, seine Verwässerung in der Tat, in der ganzen Propaganda, Agitation und praktischen Arbeit durch kleinbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus ist eine häufige Erscheinung nicht nur bei den Zentrumsparteien der II. Internationale, sondern auch bei denen, die aus dieser Internationale ausgetreten sind. Diese Erscheinung findet man nicht selten sogar bei solchen Parteien, die sich jetzt kommunistisch nennen. Der Kampf mit diesem Uebel, mit dem am tiefsten eingewurzelten kleinbürgerlich-nationalen Vorurteilen, die in allen möglichen Formen auftreten, wie Klassenhaß, nationale Verhetzung, Antisemitismus, muß um so mehr in den Vordergrund gerückt werden, je breiter die Frage der Umwandlung der Diktatur des Proletariats aus einer nationalen Diktatur (d. h. nur in einem Land existierenden und zur Führung einer selbständigen Weltpolitik unfähigen) in eine internationale Politik wird (d. h. in eine Diktatur des Proletariats, wenigstens in einigen vorgezeichneten Ländern, die fähig ist, einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Weltpolitik auszuüben). Der kleinbürgerliche Nationalismus erklärt als Internationalismus die bloße Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen und hält (ganz abgesehen davon, daß eine derartige Anerkennung nur in Worten geschieht) den nationalen Egoismus für unantastbar. Der proletarische Internationalismus dagegen fordert: erstens die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstab; zweitens: von der Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kapitalismus zu stürzen.

Daher ist in den bereits vollständig kapitalistischen Staaten, die Arbeiterparteien haben, die tatsächlich einen Vortritt des Proletariats darstellen, der Kampf mit den opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Verdrängungen der Begriffe und der Politik des Internationalismus die erste und wichtigste Aufgabe.

(Aus den Leitfäden und Ergänzungsthesen über die National- und Kolonialfrage. Beschlossen vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Juli/August 1920.)

Roter Betriebsratskrieg bei der Preßtag

Berlin, 28. Dezember. (Eig. Drahtber.) Ein Funktionär des FVMD. erfuhr von den Mißständen im Betrieb der Preßtag. Der rot. Verband organisierte sofort eine Betriebsversammlung. Es wurde über die Mißstände im Betrieb gesprochen und die Durchführung einer Betriebsratswahl eingeleitet. Da nur eine einseitliche rote Liste aufgestellt wurde, ist diese jetzt mit den Kandidaten, die die Belegschaft in der ersten Betriebsversammlung aufgestellt hatte, gewählt. Im Verlauf der Wahlkampagne traten 7 Kollegen dem FVMD. bei.

Dieser rote Betriebsratskrieg muß auch in allen schlesischen und oberschlesischen Betrieben seinen Widerhall finden. Die Belegschaften müssen diesem Beispiel folgen. Tretet überall in den Ausbuchtungsstätten für Einheitslisten ein! Listen, auf denen jeder Arbeiter kandidieren kann, der ehrlich gewillt ist, gegen Lohnabbau und Faschismus, gegen alle betrieblichen Verschlechterungen zu kämpfen, und der diesen ehrlichen Kampfwillen seinen Kollegen durch die Tat bewiesen hat.

Bombenanschlag der Nazis

Stollberg, 28. Dezember. (Eig. Drahtber.) Auf die Wohnung eines ehemaligen Mitgliedes der NSDAP. wurde von Angehörigen der Nazi-Partei ein Bombenanschlag verübt, der jedoch ohne Folgen blieb.

Zerfetzung in der SA. greift um sich

Halle, 28. Dezember. (Eig. Drahtber.) In der hiesigen NSDAP. nimmt die Zerfetzung in der SA. einen immer größeren Umfang an. Diese Zerfetzung greift auch auf die Hitlerjugend über. Von München ist ein Kommissar eingesetzt worden, um die Zerfetzung aufzuhalten.

Soldatschreiber der „Boß“ lügen

Berlin, 28. Dezember. (Eig. Drahtber.) Die „Völkische Zeitung“ von heute morgen meldet die Freilassung unseres Genossen Schehr mit der Behauptung, die Entlassung sei auf Grund der Amnestie erfolgt, weil die dem Genossen Schehr zur Last gelegte Straftat „Ver-

rat militärischer Geheimnisse“ unter die Amnestie falle. Die kapitalistischen Soldatschreiber in der Redaktion der „Boß“ lügen. Die Verhaftung des Genossen Schehr stellt einen Witzakt des Oberreichsanwalts Werner und einen Schlag der Scheiter-Reservierung gegen die Führung unserer Partei dar. Die Freilassung Schehrs mußte erfolgen, weil die Arbeiterklasse sich hinter den kommunistischen Führer gestellt hat und durch eine breite Protestwelle den Schlag gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei abschwächte.

Demonstrationen von Kleinbauern

In Oberbrunn kam es am Donnerstag, dem 15. Dezember, zu einer Demonstration der kleinen Bauern aus Beaulieu, St. Johannes, Stuttgart, Beatenwalde und Streibwalde, die sich bereits vorher zur Mobilisierung einer einheitlichen Front ein Bauernkomitee geschaffen hatten. Die Demonstration marschierte nach dem Landratsamt in Zielensitz. Unterwegs schlossen sich die Erwerbslosen aus den verschiedenen Orten und auch von Zielensitz selbst der Demonstration an. Voran wurde eine rote Senfensonne getragen. Auf dem Landratsamt selbst wurde durch eine Delegation sowohl die Forderungen der Kleinbauern als auch der Erwerbslosen überbracht.

Schweinefleisch-Einfuhr wird abgedroffelt!

Am 24. Dezember hat die Schleicher-Regierung eine Verordnung erlassen, wonach die Einfuhr von Papierholz und Schweinefleisch ab 1. Januar nur noch mit besonderer Bewilligung gestattet ist.

Damit ist der erste große Schlag in der Reihe der angefügten Maßnahmen, die den Großagrarier zugute kommen, geführt. Die Verordnung bedeutet die völlige Dröselung der Schweinefleisch-Einfuhr, was eine Verteuerung aller Fette zur Folge haben wird. Zudem wird vielen Tausenden, die sich nur noch etwas billiges ausländisches Schweinefleisch leisten konnten, das letzte Speisefett entzogen. Was die Holzeneinfuhr betrifft, so soll in erster Linie die Holzeinfuhr aus der Sowjetunion abgedroffelt werden.

Neben einer Verteuerung der Lebensmittel drohen der neuen Verordnung weitere Maßnahmen der kapitalistischen Regierung des Auslandes, die sich gegen die deutsche Wareneinfuhr richten und die also die Arbeitslosigkeit verschärfen. Vorteil haben nur die Großagrarier von dieser Politik. Die Kleinbauern werden nur weiter ver-

elenden, wenn die Arbeiter noch weniger Lebensmittel kaufen können als bisher. Gegen diese Politik der Fortsetzung der Verteuerung der Lebensmittel gilt es, den schärfsten Kampf zu führen.

SPD.-Brolat verhaftet

Der berüchtigte Direktor der DDB., Fritz Brolat, ist am Dienstag unter Weineidsverdacht verhaftet worden. Brolat, immer noch prominentes Mitglied der SPD., hatte im Elmarel-Prozess unter Eid ausgesagt, daß er von den Elmarels keine Geschenke genommen habe, daß er diese Ganner kaum kenne usw. Schließlich wurde dem ehrenwerten SPD.-Führer nachgewiesen, daß er sich durch die Elmarel-Beläugelung und Falschbehauptungen

Kapitalistenprofit - aber keine Arbeitsbeschaffung

Die Rechnung des Herrn Gereke - Der Verrat der betrügerischen SPD.-Führer

„Das Reich will Arbeit beschaffen. Kreditausweitung um 2,7 Milliarden für das Sofortprogramm.“ - So lautet es in Nielsen'scher Art die Spitze der Abendausgabe des „Vorwärts“, des Zentralorgans der SPD, vom 22. Dezember. Seinem Beispiel folgten die übrigen SPD.-Blätter.

Was der „Vorwärts“ und mit ihm die SPD.-Presse betreibt, ist eine schamlose Täuschung der Arbeiter.

Gewiß, der neuernannte Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Gereke hat am 22. Dezember vor Pressevertretern gesprochen und dabei erklärt, daß sich sein Programm der „Arbeitsbeschaffung“ im Sinne der vom Reichsbaupräsidenten Luthar in seiner Münchener Rede enthaltenen Ausführungen über die Kreditausweitungsmöglichkeiten im Rahmen von 2,7 Milliarden halten werde.

Auf diese Ziffer stützt sich die SPD.-Presse, wenn sie den Arbeitern vorredet, daß jetzt 2,7 Milliarden Mark zur Arbeitsbeschaffung verwendet würden.

Aber Gereke führte aus, daß sich die 2,7 Milliarden folgendermaßen zusammensetzen:

1500 Millionen entfallen auf die Steuergutscheine, die der Weltmarkt in Form der Steuererübdvergütung zur Verfügung gestellt werden.

Was bedeutet das? Nach der Raven-Notverordnung vom 4. September 1932 erhalten die Bezahler von Umsatz-, Gewerbe- und Grundsteuer 40 Prozent des gezahlten Betrags, die Bezahler von Verordnungssteuer 100 Prozent in Steuergutscheinen zurück. Die Regierung schätzt, daß an Steuergutscheinen zurückgegeben werden an Umsatzsteuer zirka 600 Millionen Mark, an Gewerbesteuer zirka 200 Millionen Mark, an Grundsteuer 500 Millionen Mark und an Verordnungssteuer 200 Millionen Mark. Das sind die obigen 1500 Millionen. Die Steuergutscheine sind börsenfähig. Die Kapitalisten, die diese Steuergutscheine erhalten, können sie für Bargeld einlösen und damit anfangen, was sie wollen. Sie wurden zwar höflich gebeten, sie nicht als Profite in die Taschen zu stecken, sondern zur Durchführung von Arbeiten zu verwenden. Letzteres haben die Kapitalisten nicht gemacht, was die ununterbrochene ansteigende Arbeitslosigkeit beweist. Sie werden es auch in Zukunft nicht tun. Es ist ein hartes Stück, diese

Steuerelemente an die Kapitalisten

als „Mittel für Arbeitsbeschaffung“ aufzuführen.

Gereke führte weiter aus:

Weitere 700 Millionen bleiben für die öffentliche Arbeitsbeschaffung bereitgestellt, die zur Hälfte auf die Reichsbahn und die Post entfallen, die andere Hälfte ist für Wasserbauten, Straßenbauten, Zielungen usw. vorzusehen.

Da erscheinen wieder die herkömmlichen „zufälligen Anträge“ der Reichsbahn und Post, des Straßen- und Wasserbaus. Es ist eine nicht abzuschätzende Last, daß die Reichsbahnverwaltung und Post ihre Anträge und Unterhaltungsarbeiten so einzeln stellen und daß diese Tausende von Arbeitern der Reichsbahnverwaltungen, der Postbetriebe und Wasserbauarbeiten entlassen wurden, ebenso Tausende von Oberbauarbeitern der Reichsbahn. Von vermehrten Reichsbahn- und Postarbeiten ist noch nie etwas zu hören gewesen und darauf können nicht die geringsten Hoffnungen gesetzt werden. Was Straßen- und Wasserbau sowie Zielungen angeht, so sollen diese Arbeiten meist die Gemeindebehörden ausführen. Da sie aber das Geld von der Reichsbahn nur zu so drückenden Bedingungen als Arbeitsbeschaffung erhalten, daß sich die Gemeindebehörden nicht darauf einlassen können, wird es mit solchen zufälligen Anträgen auch nichts werden. Die überhöhten Gemeinden sollen die Arbeiten verwalten, sie können nicht zurückfallen, was einfach unmöglich ist. Unbegründet verurteilt diese Art der „Kreditausweitung“ die Inflationsgefahr.

Gereke führte weiter aus:

Der dritte Teil des Programms bezieht sich auf die 700 Millionen Mark Einleihungsprämien innerhalb der privaten Wirtschaft.

Die Einleihungsprämien an die Unternehmer sind schon seit Monaten fällig. Nach dem Staatsprogramm sollen

bereits 50 Millionen verteilt

Aber das Unternehmensrecht hat einerseits eine Anzahl Arbeiter neu angeheiratet, um die Einleihungsprämien zu erhalten, andererseits haben die Unternehmer aber Hunderttausende von Arbeitern neu auf die Straße geworfen; allein in der ersten Dezemberhälfte hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 250.000 erhöht. Kein Arbeiter kann von den Einleihungsprämien eine Vermehrung der Arbeitsmöglichkeit erwarten.

Gereke's Rechnung weist fast 2,9 Milliarden auf. Die 900 Millionen Mark, die die Reichsbahn an Postbetriebe überweist, und die 700 Millionen Mark, die die Reichsbahn an Wasserbauten überweist, sind in Rechnung gebracht. So kommt er zu 2,7 Milliarden. Wir wissen jetzt, wie es mit ihnen bestellt ist.

Von diesen so in Rechnung gebrachten 2,7 Milliarden sollen nun in nächster Zeit 500 Millionen Mark für das „Sofortprogramm“ sofort gemacht werden. Einen Teil dieser Summe sollen die Gemeinden von der Reichsbahn zum Zweck der Durchführung von öffentlichen Arbeiten erhalten, was zu individuellen und gewerblichen Anträgen zu vergeben ist. Ist es privaten Unternehmern vorbehalten werden.

Die über und über verschuldeten Gemeinden können aber, wie sonst, in den bevorstehenden Jahren keine neuen Arbeiten von der Reichsbahn nicht entnehmen, wenn sie nicht den hoffnungslosen Versuch machen wollen, die Steuerlasten noch mehr zu erhöhen, um die Durchführung von öffentlichen Arbeiten zu leisten. Dieser Teil des Programms ist schon dadurch mehr als fruchtlos. Weiter sollen von den 700 Millionen die Hauptsteuer 1-2 bis 50 Millionen erhalten, damit sie Sanierungsarbeiten vornehmen. Da weniger als einem Jahr haben die Haushalte bereits 105 Millionen in der Höhe von 225 Millionen an Steuergutscheinen erhalten, doch von einer Befreiung des Arbeitsmarktes durch Hausarbeiten hat man noch nichts ermerkt.

Aber selbst angenommen, die Reichsbahn solle für das Sofortprogramm einen Kredit von 500 Millionen Mark zur Verfügung, angenommen, diese Summe würde wirklich zur Durchführung von öffentlichen Arbeiten verwendet werden, was könnten Kapitalisten und kapitalistische Behörden mit einer solchen Summe erreichen?

Selbst wenn man, was für die kapitalistische Praxis zumeist ist, nur die Hälfte der 500 Millionen für Material und Unternehmergewinne abrechnet, und 250 Millionen Mark für Löhne bleiben, so könnten von den 8 Millionen Arbeitlosen bei Zahlung eines erbärmlichen Wochenlohnes von 25 Mark nur eine halbe Million Arbeitslose 20 Wochen lang beschäftigt werden.

In Wirklichkeit werden weder eine halbe Million noch eine Viertelmillion Arbeitslose Beschäftigungsmöglichkeit finden. Es werden vielleicht einige Arbeitsdienstlager mehr aufrechterhalten, es wird die

Zwangsarbeit der Wohlfahrtsarbeiter ausgedehnt

werden, und das wird alles sein. Inzwischen werden die Kapitalisten neue Umbertaufende auf Pfosten werfen.

Die bankrotte kapitalistische Klasse kann nicht Arbeitsmöglichkeit und Brot schaffen. Nur auf dem Wege, den die Arbeiter der Sowjetunion beschritten haben, ist es möglich, Arbeitsmöglichkeit und Brot für alle Werktätigen zu schaffen.

Aber, Arbeiter, was haltet ihr von den SPD.-Führern, von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, die auf Grund einer solchen Rechnung, wie sie Gereke aufmachte, in die Welt posieren, daß neue Arbeitsmöglichkeit für die Arbeitslosen geschaffen werde? Was haltet ihr von „Arbeiterführern“, die auf Grund dieser Art „Arbeitsbeschaffung“ die Arbeiterregierung unterstützen, eine Regierung, die eine Verschärfung der faschistischen Diktatur bedeutet, die eine ausreichende Winterhilfe verweigert, deren Schlichtungsinstanzen immer neue Lohnabbau-Schiedsprüche fällen, die durch Erhöhung der Zölle und sonstige Maßnahmen die Lebensmittel verteuert?

Arbeiter, rechnet ab mit diesen verräterischen SPD.- und KPD.-Führern! Schließt fester die Einheitsfront, um durch den gemeinsamen Kampf das durchzusehen, was ihr zum Leben unbedingt braucht, um schließlich andere, bessere Zustände zu erlangen. Wendet euch in allen Betrieben- und Gewerkschaftsversammlungen gegen den Schleicher-Kurs der Leipart und Weis, verstärkt die Einheitsfrontaktion gegen Lohn- und Unterbauabbau, für Zurückeroberung der alten Löhne, für höhere Unterstützung, für die Winterhilfe, für Herausgabe von Brot, Kartoffeln und Kohlen an die hungernden und frierenden Arbeitslosen!

Bergarbeiterstreiks in Grünbach, Koffitz, Rynhope fordern Solidarität

Vom Sekretariat des Internationalen Komitees der Bergarbeiter wird uns geschrieben:

Am 4. Dezember 1932 hatte die Amsterdamer Bergarbeiterinternationale einen Tag der Demonstrationen in allen Ländern veranstaltet. In Frankreich, in England, in Deutschland, der Tschechoslowakei und in Österreich waren die Bergarbeiter aufgerufen, an diesem Tage für „ihre“ Forderungen zu demonstrieren. Die von der Bürokratie aufgestellten Forderungen waren: internationale Arbeitervereinigung, Verstaatlichung des Bergbaus und internationale Einführung der vierstündigen Woche. Dafür wollen die Führer der Amsterdamer Bergarbeiterinternationale angeblich „kämpfen“, während die Bergarbeiter selbst die heftigsten Streiks führen gegen Lohnraub, für Lohnerhöhung und gegen den Raub uralter Bergarbeiterrechte. Die gegenwärtige Situation im Bergbau kennzeichnen die drei Streiks in den verschiedenen Ländern am besten.

In Grünbach (Österreich) streikten 1100 Bergarbeiter seit dem 20. November, in der Tschechoslowakei, dem Rössiger Kohlenrevier, streikten 2200 Kameraden seit dem 4. November im Streik. In Rynhope (England) streikten 1000 Bergarbeiter schon in der 12. Woche. Die Ursachen dieser Streiks sind verschiedenartig. In Grünbach sind die Hauptforderungen der Bergarbeiter: Erhöhung der Löhne um zehn Prozent und Einhaltung der tariflichen Vereinbarung. Die Rössiger Kameraden streikten gegen eine Lohnherabsetzung von 4-10 Prozent, die am 4. November durchgeführt wurde. In Rynhope fordern die Bergarbeiter die Beibehaltung des Cowling-Systems bei der Arbeitsverteilung. Ein Recht, das die englischen Bergarbeiter in Durham seit 60 Jahren besitzen und die Unternehmer jetzt brechen wollen.

Bei all diesen Streiks, die von den Belegschaften vollkommen einmütig und geschlossen geführt werden, wobei fast kein einziger Streikbrecher zu verzeichnen ist, legt die Bürokratie der reformistischen Bergarbeiterverbände alles daran, um die Streiks zu brechen.

Vor Beginn des Grünbacher Streiks erklärte der Sekretär Wells des Österreichischen Berg- und Metallarbeiterverbandes, daß er jede Verantwortung für einen Streik ablehne, da mit Rücksicht auf die Konjunkturlage kein Streik möglich sei. Jetzt, wo die Bergarbeiter in den Streik getreten sind unter der Führung der KPD, erklärt derselbe Wells, daß als Führer des Streiks nur die Sekretäre und Beiratsräte des reformistischen Metall- und Bergarbeiterverbandes in Frage kommen. Er etabliert sich mit seinen Freunden als Streikleitung, um unter der Vorpiegelung Notstandsarbeiten verrichten zu lassen, Streikbrecher zu vermitteln. Die sozialdemokratische Presse behauptet die KPD, des Patrierens mit den Nazis, während die Herren Wells und der Betriebsobmann Harris gemeinsam mit den nationalsozialistischen Führern und den Gendarmen von Dorf zu Dorf gehen und Streikbrecher für die Grünbacher Grubenvermittlung werden.

Beim Streik der Rössiger Bergarbeiter sehen wir dasselbe Bild. Die Führer der „Ja Soja Demita“ (tschechischer reformistischer Bergarbeiterverband) erklären, nachdem sie den Streik nicht haben verhindern können, daß sie am Streik desinteressiert sind. Im Wunde mit der Gendarmerie versuchen sie, Streikbrecher zu werben. Ganz offen erklären die reformistischen Führer, daß die Unternehmer die Forderungen der Bergarbeiter nicht erfüllen dürfen - d. h. den Lohnraub zurücknehmen - weil der Streik von ihnen nicht gebilligt, sondern vom Industrieverband der Bergarbeiter (vier Verband) geführt wird.

In Rynhope hat die reformistische Leitung der Bergarbeiterverbände von Durham schon dreimal die Streikenden aufgefordert, die Arbeit aufzunehmen, aber immer vergeblich. In der Hoffnung, durch Hunger die Bergarbeiter zur Arbeitsaufnahme zu zwingen, verbieten die reformistischen Führer allen Belegschaften der Föderation, den Rynhope Streik zu unterstützen. Aber auch das vergeblich. Die Arbeiter haben bis jetzt über 2000 Pfund Sterling (etwa 30.000 Mark) zur Unterstützung der Streikenden überwiesen.

Die einzige Hoffnung, die die sozialdemokratischen Führer in Grünbach, in Koffitz, in Rynhope haben, ist, durch Hunger die Bergarbeiter in die Knechtschaft der Grubenbesitzer zu zwingen. Deshalb verbieten sie jede Unterstützung durch die Gemeinden und versuchen auch, die Solidarität der anderen Arbeiter unmöglich zu machen. Unter der Führung der KPD haben aber die Arbeiter Österreichs bereits eine Solidaritätskomitee begonnen, bei der Lebensmittel und Geld für die Grünbacher Streikenden angedacht werden. Die Bauern geben Kartoffeln und Kraut, um den Kämpfenden zu helfen.

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter konnte ebenfalls aus seinen Sammlungen bereits 500 Schilling der Grünbacher Streikenden überweisen. Unter Führung des Industrieverbandes der Bergarbeiter und der roten Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind zur Unterstützung der Rössiger Streikenden bereits 85.000 Kronen aufgebracht. Die Arbeiter Österreichs und der Tschechoslowakei wollen unter keinen Umständen, daß ihre Kollegen durch Hunger zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden. Deshalb helfen sie mit allen Kräften.

Die Bergarbeiter in Deutschland dürfen bei dieser Solidaritätskampagne nicht beiseite stehen, auch sie müssen sofort auf allen Gruben und Versammlungen, und wo es auch sonst sein kann, ihre Solidarität mit den Streikenden auch durch Geldsammlungen beweisen. Jede Schachtgruppe, jede Zählstelle, jede Ortsgruppe muß sofort ihren Teil dazu beitragen, daß die Kameraden in Grünbach und Koffitz, in Rynhope ihren Kampf gewinnen. Die Streikenden in Grünbach, in Koffitz, in Rynhope müssen siegen im Interesse aller Bergarbeiter.

KPD. Landeshut fordert Freilassung des Genossen Seidel

Landeshut, 27. Dezember. Die abgehaltene Mitgliederversammlung der revolutionären Gewerkschaftsopposition Landeshut hat auch zu dem Schandurteil des Waldenburger Sondergerichts gegen unseren Genossen Seidel Stellung genommen und fordert seine sofortige Freilassung.

Schuldigkeit des „Vorwärts“

Berlin, 28. Dezember. (Eig. Drahtber.) Der „Vorwärts“ von heute morgen leistet sich wieder einmal eine Schuldigkeit gegen Arbeiter, indem er behauptet, daß das vor einigen Tagen in Votrop verübte Attentat gegen einen Bergmann von kommunistischen Arbeitern ausgeführt worden sei. Es liegt nicht der Schatten eines Beweises für diese Beschuldigung gegen Arbeiter vor, was selbst die bürgerliche Presse zugaben muß.

Türkische Klassenjustiz wütet!

Konstantinopel, 28. Dezember. (Eig. Drahtber.) Nach monatelangen Verhandlungen in einem großen Kommunistenprozess, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurde, und zwar gegen 35 Arbeiter und Arbeiterinnen, wurde nunmehr das Urteil gefällt. Bei 18 erfolgte Freispruch, 17 Arbeiter und Arbeiterinnen erhielten Gefängnisstrafen von vier bis sieben Jahren. Unter den vier Jahren Verurteilten befindet sich auch die deutsche Arbeiterin Wilde.

Schickt uns Material über das Plebiszit in OS.

aus den Jahren 1920 und 21. Wir benötigen dringend Flugblätter, Plakate, alle legalen und illegalen Materialien und Exemplare der „Oberösterreichischen roten Fahne“, die Zeugnis ablegen von dem revolutionären Kampf gegen den deutschen und polnischen Nationalismus und Chauvinismus, gegen den faschistischen Terror der Bujowla- und Orsch-Banden, gegen den Plebiszitbetrug des deutschen und polnischen Imperialismus.

Gleichfalls brauchen wir sämtliche Materialien über das Verhalten der deutschen Bourgeoisie, der SPD., des Zentrums und der übrigen Parteien während dieser Zeit. Alle Genossen und Sympathisierenden, die noch im Besitz von Material sind, bitten wir, uns dieses zu übermitteln.

Schickt alle Materialien umgehend an die Redaktion.

Im Kampf um die kleinste Funktion

in den Gewerkschaften, zu den Ortsverwaltungs- und Branchenleitungswahlen muß auch der letzte Kollege mobilisiert werden!

Durch die Mobilisierung der Kampfs in den Schichtanlagen, der Kollegen in den Metall- und Textilbetrieben, die Organisierung von betrieblichen Kämpfen gegen Lohnraub müssen wir das Vertrauen aller Werktätigen, besonders der Gewerkschaftskollegen, erringen

Wählt Kollegen, die bereit sind, die Einheitsfront gegen Lohnraub und Schleicherdiktatur zu schmieden.

An alle Gemeindegewerkschafter Breslaus!

Wie ist die Lage der Gemeindegewerkschafter?

Breslau, den 28. Dezember 1932.

Am besten wird wohl die Lage der Gemeindegewerkschafter dadurch charakterisiert, daß Tausende von ihnen den Ruf nach einer Wirtschaftshilfe ertönen lassen, um nur die notwendigen Winterverordnungen anzufragen zu können.

Die Gemeindegewerkschafter haben wirklich diese Forderungen nicht aus Vergnügen gestellt, sondern weil der Lohnabbau in den letzten zwei Jahren sich so ungeheuerlich ausgewirkt hat, daß es einfach unmöglich ist, mit diesem elenden Lohn die primitivsten menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Um durchschnittlich 15 RM. in der Woche ist der Lohn der Gemeindegewerkschafter gekürzt worden

Das sind bei 8000 Gemeindegewerkschaftern circa 8 Millionen RM. im Jahre. Eine riesige Summe, um welche die Kaufkraft der Gemeindegewerkschafter gesenkt wurde, während Linke-Hofmann und andere Großindustrielle Millionen-Gewinne von der Stadt erhalten haben.

Was steht den Gemeindegewerkschaftern bevor?

Die formale Aufhebung der Papen-Henrichs-Lohnabbau-Verordnung bringt uns den gewohnten Lohn nicht wieder, wenn wir ihn nicht erkämpfen. An dieser Tatsache ändert auch nichts das Geschrei von der „Volksmacht“ bis zur „Schleischen Zeitung“.

Bei den Breslauer Gemeindegewerkschaftern läuft am 31. Dezember 1932 der Lohnvertrag und die freie Vereinbarung der Lohnfortzahlung in Höhe von 6 Pfg. pro Stunde ab.

Erhöhung der Bürgersteuer.

Jetzt werden die Gemeindegewerkschafter erneut die Krone des Lohnabbau zu spüren bekommen. Der Magistrat wird auf eure Gläubigkeit im Januar genau so wenig Rücksicht nehmen, wie jetzt bei eurer Forderung um Wirtschaftshilfe und Vorstoß, wenn ihr nicht den brutalen Maßnahmen des Magistrats rückwärtigen Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau entgegensetzt.

Stadtrat Schramm

hat hier als Verantwortlicher zur Verschlechterung dieser Vereinbarungen recht viel beigetragen. Schramm ist „revolutionärer“ SA-Mann und erklärte einmal vor den Gemeindegewerkschafter-Funktionären: „Es ist doch besser, ich baue ab, als ein bürgerlicher Stadtrat.“

Neuorganisation der städtischen Betriebe

Durch Umwandlung der städtischen Betriebe in Aktiengesellschaften oder anderen Formen soll eine stärkere Ausbeutung ermöglicht werden, neuer Lohnabbau für die Arbeiter und Angestellten, Entlassungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sollen folgen

Was ist zu tun?

Bei dieser Frage muß man alle Möglichkeiten untersuchen, die vorhanden sind, um dem Magistrat oder Regierungskommissar bei seinen Maßnahmen gegen die städtischen Arbeiter entgegenzutreten. Die Führer und ein Teil ergebener Funktionäre des Gesamtverbandes, als der stärksten Organisation der Gemeindegewerkschafter, sind bisher den Weg des „Kleinern Übels“ gegangen.

Welchen Wert hat die Phrase der Gewerkschaftsbürokraten, keinen Pfennig Lohnabbau mehr zu dulden?

Fast zur selben Zeit, als die letzte Lohnbewegung der Breslauer Gemeindegewerkschafter lief, und obige Erklärung von den Breslauer Bonzen gemacht wurde, erwies sich die Berliner Bürokratie des Gesamtverbandes mit Unterstützung der SPD. als Streikbruchagentur.

Aus all diesen bisher gemachten Erfahrungen, müssen die Breslauer Gemeindegewerkschafter die richtigen Konsequenzen ziehen und rückwärtigen den Kampf in aller erster Linie gegen die Saboteure der kämpfenden roten Einheitsfront richten.

Zu ihnen zählt in Breslau als besonderer gefährlicher Faktor infolge ihrer linken Phrasen die SA. Jeder Gemeindegewerkschafter braucht nur sein Augenmerk auf den, den Lohnabbau durchführenden SA-Stadtrat Schramm und auf die SA-„Oppositions“-Fraktion im Gesamtverband unter Führung von Schwartz richten.

Die Konsequenz der Gemeindegewerkschafter muß sein, solche Leute von ihren Funktionen zu entfernen und sie zu ersetzen durch ehrliche, kampfgewillte Arbeiter. In allen Gemeindegewerkschaften müssen sich die Arbeiter, ganz gleich welcher politischen und gewerkschaftlichen Richtung, zusammenschließen, um auf gemeinsamer Grundlage zu kämpfen.

Lohnabbau und zu den Betriebsräteahlen

Fordert von den Kandidaten zur Betriebsratswahl, daß sie sich auf Kampfordernungen verpflichten, die nur im Interesse der Arbeiter liegen und die Stellung nehmen gegen die verräterische Bürokratie und ihre Hindenburg-Politik.

Ortsverwaltungswahlen

wählen alle organisierten Arbeiter gleichfalls nur solche Kollegen, die sich auf Grund eines Kampfsprogramms verpflichten, im Interesse der Arbeiter den rückwärtigen Kampf gegen alle Verschlechterungen, gegen die Phrase des „Aubaus der Wirtschaft“, für ein freies, sozialistisches Deutschland, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik zu führen.

Des Weiteren müssen alle organisierten Kollegen die Durchführung dieser Wahlen als Unwahlen fordern und nicht von einem Kreis Delegierter durchführen lassen.

Gewerkschaftskongress! Fordert die bedingungslose Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen revolutionären Arbeiter und den Hinauswurf aller führenden Funktionäre, welche die Hindenburg-Politik aktiv unterstützen. Fordert den Hinauswurf Leipartz, des Führers des AOB., der Schleiers Politik aktiv unterstützt.

Kollegen, Gemeindegewerkschafter, wir Kommunisten und Mitglieder und Anhänger der KGO., durchdringen von der ehrlichen Absicht und befehl von dem einen Gedanken, durch den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter ohne Unterschied der Zugehörigkeit oder Mitgliedschaft zu den Parteien und Organisationen, jeden weiteren Anschlag gegen die Existenz und das Leben der Arbeiter und ihrer Familien unter allen Umständen abzuwehren, schlagen euch vor, organisiert in allen Abteilungen sofort Delegiertenversammlungen und Oppositionsbesprechungen.

- 1. Keinen Pfennig Lohnabbau. Weiterzahlung der Ausgleichszulage und ihre Eingliederung in den Tariflohn.
2. Gegen jede Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse.
3. Gegen jede Entkommunalisierung.

Kollegen, in letzter Stunde erinnern wir euch noch einmal an die Tatsache, daß es nur durch euren Kampfwillen möglich war, im Oktober die Ausgleichszulage zu erringen. Das gilt auch für die jetzige Situation. Nur wenn der Magistrat sieht, daß ihr nicht nur gewillt, sondern auch bereit seid zu kämpfen, wird es möglich sein, den beschlossenen Lohnausbau abzuwehren.

Industriegruppe Gemeinde-Verkehr KGO.

Um Brot zu laufen, für zwei Pfennige die Schuhe verpfändet!

Unter dieser Überschrift erschien in der angegebenen Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ dieser Artikel. Wir stellen als Redaktion fest, daß das Material sich nicht auf den Bädermeister „Theophil Nowak“ aus der Kalitzki-Siedlung Groß-Mochberner-Strasse, bezieht und bringen nachfolgend die Berichtigung des Bädermeisters.

Berichtigung.

Die in Nr. 209 der „Arbeiter-Zeitung“ für Schlesien vom 21. Dezember 1932 unter der Überschrift: „Um Brot zu laufen, für 2 Pfg. die Schuhe verpfändet“ veröffentlichte Behauptung, daß in der Kalitzki-Siedlung, Groß-Mochberner-Strasse vom Bädermeister Theophil Nowak, dem 2 Pfennig zum Kaufpreis des Brotes fehlten, ein Paar neubekohnte Schuhe als Pfand abgenommen wurden, ist unrichtig.

Von uns aus möchten wir noch hinzufügen, daß der Bädermeister Nowak aus der Arbeiter-Zeitung hervorgegangen ist, daß er heute noch genau so mit der Arbeiter-Zeitung verknüpft ist, wie als Gefelle, und daß er nur ein kleiner Handwerker ist, der von der Arbeiter-Zeitung lebt. Seine Gesinnung als Arbeiter geht daraus hervor, daß er vor kurzem erst einem Arbeiterverein 30 Stempel für die Gewerkschaft zur Verfügung gab. Ferner ist er ständiger Leser unserer Presse.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokale: Walter Sucha, Breslau. - Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. - Für Illustrationen: Albert Callam, Breslau. - Verlag: G. Bruns, Schlesische Verlagsanstalt, Breslau, Teichstraße 10.

Professor Cohn und die „Nationale Konzentration“

Breslau. Kurz bevor die Bourgeoisie aller Schattierungen sich zur Feier ihres sogenannten „Weihnachtsfestes“ anschickte, plagte wie eine Bombe die Nachricht herein, daß der Senat der Breslauer Universität die erste beste Gelegenheit ergriff, seine Beziehungen zu Prof. Cohn zu lösen, um so dem nationalsozialistischen Studentenpöbel noch ein nettes Weihnachtsgeschenk auf den Tisch zu legen.

erlitt, ist keine tragische, sondern eine grandios komische Angelegenheit.

Diese blöden Nazistudenten wußten nämlich noch nicht, daß sich der schwerkapitalistische Teil der jüdischen Großbourgeoisie, zu dem Cohn gehört, längst in der faschistischen Front der nationalen Konzentration befindet. Sie kannten nicht Hitlers Worte zur Gewinnung auch der jüdischen Teile des deutschen Großkapitals, in denen dieser Axtführer erklärte, er (Hitler) brauche auch das jüdische Großkapital und die jüdische Intelligenz zum Aufbau seines Dritten Reiches.

Lenin lehrt uns, daß die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen (zu denen auch das Judentum gehört) stets die nationale Phrase ausgenutzt hat, um das eigene Proletariat doppelt zu unterdrücken, doppelt zu betrügen und irrezuführen. Und so werten wir den „Fall Cohn“ als weitere Erscheinung der Zersetzung innerhalb der verschiedenen Schattierungen des Faschismus.

Wir aber wünschen im Interesse des Endkampfes zwischen der Arbeiterschaft und der herrschenden Klasse, daß sich vorher schon möglichst viele Faschisten aller Schattierungen selbst entmannen mögen, wie dies bei Cohn und seinen Nazistudenten der Fall war. Inzwischen aber halten wir uns die Nase über diesen Verwesungsgeruch der absterbenden herrschenden Klasse zu und singen leise, ganz leise folgende Strophen (alle fingen mit):

Was macht bloß der Cohn bei der National-a-Ien Konzentration. O denken sie den Schred, Professor Cohn, Professor Cohn muß weg!

Daß Cohn trotz seiner nationalen Einkerkelung Schiffbruch

Aus der Sowjetunion

Erweiterung der Tkwibuler Kohlenbergwerke

Um die wachsenden Heizstoffbedürfnisse der kaukasischen Industrie zu decken, wird jetzt eine beträchtliche Erweiterung, Rationalisierung und Mechanisierung der Tkwibuler Bergwerke in der Nähe von Kutais vorgenommen. Auch der Bau einer modernen Anreicherungsfabrik ist vorgesehen. Die industriell verwertbaren Sorten von Tkwibul besitzen man jetzt auf 80 Millionen Tonnen. Mit der Kohle von Tkwischel (Sichum) vermischt, können sie einen brauchbaren metallurgischen Koks geben.

Erster Schacht im Kursker Anomaliegebiet

Wie aus Woroneß gemeldet wird, ist die Abtätigung des ersten Schachtes des „Gublin-Schacht“ Nr. 1, soweit vorgeschritten, daß die stützenden Schichten im Getriebeverfahren abgetauft und der erste Stollen in 36,5 bis 50 Meter Tiefe angebrochen werden konnte. Anfang Januar soll der Gublin-Schacht in Ausbeutung treten. Zu der Zeit sollen bereits 75.000 Tonnen Erz gewonnen werden.

Schachtbau in Karaganda

Im Kohlenrevier von Karaganda wird die Inbetriebnahme acht neuer Schächte vorbereitet.

Gorki-Autofabrik baut Personenwagen

Die Autofabrik bei Gorki (Nischni Nowgorod), die bisher Lastkraftwagen baute, hat am 9. Dezember die erste Partie Personenwagen vom Kleckband abgesetzt. Die Fabrik ist imstande - bei genügender Materialbelieferung - 30.000 Personenwagen im Jahre zu bauen.

Elektrizitätserzeugung im November

Die allgemeinen Elektrizitätswerke der UdSSR haben im November 756,2 Millionen Kilowattstunden erzeugt, um 20 Millionen bzw. 6 Prozent mehr als im Oktober. Die Produktion im Januar bis November stellte sich um 36 Prozent höher als im Vorjahr. Dennoch wurde der Plan bei weitem nicht erfüllt. Die Werke erzeugten um 200 Millionen Kilowattstunden weniger als vorgesehen. Die Ursachen der weniger Produktion liegen in den vielen Havarien und in schlechter Kohlendotierung, ebenfalls in der verspäteten Inbetriebnahme einiger neuer Kraftwerke.

Elektromaschinen im Ural

Neben der gewaltigen Uraler Maschinenfabrik bei Sverdlowsk (Ural-Walch) wird jetzt der Ausbau einer großen Elektromaschinenfabrik geplant, dessen Kosten auf 400 Millionen Rubel veranschlagt werden. Die Aufgabe dieses neuen Betriebes ist es, in der UdSSR Elektroräucherer, die in den nächsten Jahren an der Wolga, der Kama, am Uraler Tschurowajauß und an der Angara (Sibirien) gebaut werden, die notwendige maschinelle Ausrüstung zu liefern. Der Stadtkomplex, der in der Nähe dieser Fabrik gebaut werden soll, ist auf eine Einwohnerzahl von 150.000 Menschen berechnet.

Gute Produktionslage in der Starkstromindustrie

Die Betriebe der WED (Starkstrom-Vereinigung), die schon im Oktober ihren Produktionsplan übertraffen hatten, haben im November ebenfalls mit einer Produktion im Werte von 56,3 Millionen Rubel ihren Plan zu 105,9 Prozent erfüllt. 14 der 19 WED-Betriebe, darunter die größten elektrotechnischen Werke der UdSSR, Elektroawod in Moskau, die Charkower elektromechanischen Werke, Dynamo, Elektroapparat u. a. - haben ihre Monatspläne übererfüllt. In den vergangenen 11 Monaten d. J. haben die WED-Werke die Vorjahrsproduktion um 32 Prozent übertraffen.

Neue Düngemittelfabrik

Im Zwanowo-Kosnossener Gebiet wurde der Bau eines neuen Phosphormehlbetriebes begonnen. Die großen Vorkommen von Phosphoriten bei Mataram, die bis zu 23 Prozent Phosphorsäure enthalten, sichern die Rohstoffversorgung des neuen Betriebes. Die Produktionsleistung des Wertes ist auf 5000 Tonnen Phosphormehl angelegt.

Teebau im Ussurij-Gebiet

Eine Expedition des wissenschaftlichen Instituts für Teebau hat nunmehr festgestellt, daß das Südsurijsgebiet (Kerner Oiten) für den Teebau durchaus geeignet ist. Das dauernde sonnige Herbstwetter ist auch dem Weinbau, wie auch für Obst- und Aprikosenpflanzungen zuträglich. Das Institut will nunmehr veruchsweise in diesem Gebiet den Anbau südlicher Pflanzensorten in Angriff nehmen.

Sowjetrussische Winter-Reiseprogramme

50 Prozent Fahrpreismäßigung

Soeben sind beim staatlichen sowjetrussischen Fremdenverkehrsbüro „Intourist“ (Berlin, Unter den Linden 62/63) eine Anzahl reich illustrierter Reiseprogramme erschienen, die über Reiselöglichkeiten nach der Sowjetunion in diesem Jubiläumswinter der UdSSR orientieren. Die Winterferien stehen mit ihren Veranstaltungen ganz im Zeichen der Staatsfeier „15 Jahre Sowjetmacht“. Die Jubiläumsausstellung und Theater-Festprogramme machen einen Teil der Sowjetstädte in diesem Winter noch besonders interessant.

Anlässlich des Staatsjubiläums wird ausländischen Touristen neben ermäßigten Winterpreisen auf den Strecken der Sowjet-eisenbahnen eine 50prozentige Fahrpreismäßigung geboten.

Während des kalten Winters können im Rahmen von Vorkursreisen die Städte Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow und Odesa besucht werden, außerdem finden zu bestimmten festgelegten Terminen besonders billige Gesellschaftsreisen für Arbeiter, Angestellte, Ingenieure, Techniker, Architekten, Ärzte, Lehrer und Studenten statt. Auch über die e Studienreisen sind ausführliche Reiseprogramme beim genannten Reisebüro kostenlos erhältlich.

„Werde satt mit wenig Geld“

„Ich Kartoffeln, aber ohne Butter“, das empfehlen sozialdemokratische Kerle!

Immer schlechter wird die wirtschaftliche Lage der Betriebsarbeiter in Deutschland, immer katastrophaler die Lebensverhältnisse der Erwerbslosen und ihrer Familien. Alle Anlaufmaßnahmen der Regierung haben bisher nur den einen Erfolg erzielt: es ist noch schlechter geworden. Die Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems erweist sich bei jeder neuen Maßnahme der herrschenden Klasse. Und schließlich bleibt es bei der schönen Geste: „Wir wollen ja so gerne helfen, aber wir können doch nicht.“

Da treten alle die Herrschaften wieder auf den Plan, die uns aus der „großen Zeit“ des Stahlbades, das wenigen gut, den meisten aber sehr schlecht bekommen ist, noch so gut bekannt sind, die da predigen: „Du mußt mit noch viel weniger auskommen denn es geht dir noch viel zu gut! Und unser armes Vaterland kann nicht so viel Luxus und Wohlleben vertragen.“

Die Leipziger Professoren Hünge und Kruse haben es klipp und klar gesagt: Der deutsche Arbeiter ist zu viel und zu gut; das muß sich ändern, wenn das Deutsche Reich weiterbestehen soll. Also: „Zurück zur Krüge-ernährung!“ Und in diesen Ruf ist der bei den Sozialdemokraten so beliebte Berliner Stadtmedizinalrat Professor Dr. Pragall sofort eingestiegen, als er die Vorzüge und Schwachhaftigkeit der Rundst- und Wasserkrüge den Berliner Erwerbslosen angelegentlich empfiehlt. Doch das waren ja nur die Wegbereiter einer großen Ernährungsreform, die sich jetzt im großen durchziehen soll. Einer Ernährungsreform, die an die bestehenden Verhältnisse anknüpft und der Arbeiterfrau Vorschläge macht, wie man bei 8 Mark Wohlfahrtsunterstützung immer noch sparen kann.

„Man kann sich mit verhältnismäßig viel Geld unter-ernähren, und man kann mit wenig Geld satt werden und sich dabei so ernähren, daß der Körper vollkommen gesund und leistungsfähig bleibt.“ Das ist der Leitgedanke einer Broschüre: „Satt werden mit wenig Geld“, die vom Reichsverein für Volksernährung herausgegeben ist und sich „eine Ernährungs-wegweiser“ nennt. „Die deutsche Not zwingt uns, dafür zu sorgen, das mit dem, was noch vorhanden ist, möglichst viel Gutes zuleisten.“

Und dann geht's los: „Vielleicht ist ja das Vorurteil in der Bevölkerung verbreitet, eine gesunde Ernährung müsse teuer sein.“ Das ist nach Ansicht der Herren dieses famosen Vereins selbstverständlich ein Irrtum. „Der menschliche Körper benötigt, um seine Funktionen regelmäßig und ohne Störungen erfüllen zu können, also um gesund zu bleiben, ganz bestimmte Mindestmengen der einzelnen Nährstoffe.“ Im allgemeinen können diese Mindest-mengen mit wenig Geld beschafft werden.“ Das sind nur einige der besonders netten Sätze aus dieser übrigens in den Schulen kostenlos zur Verteilung gelangenden Broschüre.

Selbstverständlich ist der deutsche Arbeiter zu viel: „Die Ernährung ist eine Lebensnotwendigkeit, die Bieleßerei eine schlechte

Angewohnheit.“ Auf alle Fälle, also muß gespart werden und kann gespart werden. Das fängt schon bei der Butter an. Wozu eigentlich Butter? Das ist doch ein ganz überflüssiges Nahrungsmittel. Für die Werktätigen, versteht sich! „Für Butter und Schmalz sind die Kalorien ganz ähnlich, der preisliche Unterschied dagegen ist bedeutend. Eine gleiche Speise mit Butter an-gereicht, würde also, nach Kalorien berechnet, denselben Nährwert aufweisen, als wenn man Schmalz oder Margarine verwendet hätte, während sich preislich ein bedeutender Unterschied ergibt. Dieser Mehrpreis ist also lediglich für den Geschmack-unterschied, für den Genußwert, bezahlt worden. Margarine läßt sich ebenso gut verwenden.“

Kein Wort davon, daß in der Butter ein Stoff, ein Vitamin enthalten ist, der die englische Krank-heit verhindern hilft; kein Wort davon, daß der Genuß minderwertiger Margarine aller dickeren Verdauungs-störungen hervorzurufen kann, wenn lange Zeit als Fett nur Margarine gegessen wird. Die 142 angeführten Kochrezepte sind denn auch alle ohne Butter zusammengestellt. Was braucht der Prolet auch schließlich Butter zu essen! Wenn er oft genug schon nicht das Geld hat, um sich Margarine zu kaufen! Da tun's Kartoffeln schließlich auch, Kartoffeln und Röhre, von denen aber nur der Hering in seinen verschiedenen Zubereitungsformen Er-nährung findet.

Schließlich wird bei dieser Art der „Ernährung“ ausgerechnet, daß noch vielzuviel für das Essen ausgegeben wird, und daß hier noch viel gespart werden könne. Wahrscheinlich soll das ein Appell an die Regierung, an die kommunalen Verwaltungen sein, noch weiter an den Unter-stützungs-sätzen abzubauen. Es ist wirklich erstaunlich, daß es immer noch sogenannte „Wissenschaftler“ gibt, die angesichts der Gesundheitskatastrophe der deutschen werttätigen Bevölkerung, angesichts der unerhörten Zunahme der Lungentuberkulose, der englischen Krankheit, der Verhinderung im Gesundheitszustand der Jugendlichen, beim Auftreten der ersten Fälle von Skorbut und Hungertypus den Mut finden, derartige Vorschläge zu machen.

Und gerade diese Herrschaften sind es, die sich und ihren Familien noch nie etwas abgehen lassen, die auf das ängstlichste bedacht sind, sich gut und gesund zu ernähren. Und wenn wirklich von ihnen mal jemand krank wird, dann wird der beste Arzt zugezogen, und wenn der eine Maßkur oder einen längeren Aufenthalt in einem schweizerischen Sanatorium empfiehlt, selbst-verständlich ist dann Geld genug vorhanden.

Aber hier handelt es sich ja auch nur um Proleten, die können mit Kartoffeln und Hering leben wie der Herrgott in Frankreich. Wenn sie krank werden davon? Bitte sehr! Der Herr Wohlfahrtsarzt wird das schon mit ein paar Pfennig (Preis 20 Pfennig) in Ordnung bringen, selbstverständlich ohne Unter-uchung. Dazu hat man gar keine Zeit.

Dr. med. Wilhelm Swienty

52 Bergleute verschüttet

Grubenkatastrophe in USA

New York, 27. Dezember. Auf der 300-Meter-Sohle des Kohlenbergwerks Moleaqua im Staate Illinois ereignete sich am Sonnabend eine Explosion, durch die 52 Bergleute ver-tötet wurden. Es entwickelten sich giftige Gase, die sich rasch über das ganze Bergwerk verbreiteten und die Rettungsarbeiten außerordentlich erschwerten. In den Stollen spielten sich entsehrliche Schreckensszenen ab. Bisher konnten neun Leichen geborgen werden. Man befürchtet, daß auch die übrigen 43 Bergleute durch einströmende Gesteinsmassen oder durch die giftigen Gase den Tod gefunden haben.

Tabrikant überfährt und tötet mit seinem Auto vier Personen

Chemnitz, 27. Dezember. Am zweiten Weihnachtstag ereignete sich auf der Chemnitzer Straße in Limbach ein schwerer Verkehrsunfall. Das Auto eines Limbacher Tabrikanten, das dieser selbst steuerte, geriet in einer langgestreckten Kurve auf den rechten Fußsteig und überfuhr dort vier in gleicher Richtung gehende Fußgänger, und zwar einen Mann, eine Frau und zwei Knaben.

Danach stieß der Kraftwagen an eine Gartenmauer, be-schädigte diese, fuhr auf dem Fußsteig zwölf Meter weiter und gelangte dann auf den gegenüberliegenden Fußsteig, wo der Kraft-wagen einen Gartenzwanz einfiel und dadurch zum Halten kam. Die vier Fußgänger wurden durch das Auto zu Boden ge-schleudert, überfahren und schwer verletzt. Der Mann und ein Knabe starben nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus Lim-bach. Die Frau und das andere Kind sind ebenfalls im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen erlegen.

Während der Fahrt des Wagens unverletzt blieb, wurden die fünf Mitfah-er mehr oder weniger schwer verletzt. Die Namen der Getöteten - es handelt sich wahrscheinlich um eine Familie - sind noch nicht bekannt. Den bisherigen Feststellungen nach ist der Unfall auf grobe Fahrlässigkeit des Kraftwagenführers durch übermäßig schnelles Fahren und Schneiden der Kurve zu-rückzuführen.

50 als Kalkmünzer

Die Kriminalpolizei in Kassel verhaftete zwei junge Leute im Alter von 19 Jahren, die in ihrer Wohnung eine Kalkmünze-erwerkstätte betrieben hatten. Sie haben eingestanden, daß sie in der letzten Zeit insgesamt etwa 4000 falsche 50-Pfennigstücke hergestellt haben, die sie zum größten Teil in Süddeutschland abgeben konnten. Die beiden Verhafteten sind Mit-glieder der SA.

Aus aller Welt

Erdbeben im Nordwesten von Assam

Der Nordwesten von Assam wurde in den letzten Tagen von mehreren schweren Erdstößen heimgesucht, die von Acheaus-brüchen der vulkanischen Dhurbri-Hügel begleitet waren. Der Einwohner bemerkte sich große Erregung, da sie eine neue Erdbebenkatastrophe, ähnlich der vor drei Jahren, befürchteten.

Ausbruch des Vulkans Aso

Der Vulkan Aso auf der Insel Kjusiu (Japan) entfalet seit kurzem eine Tätigkeit, wie man sie seit 150 Jahren nicht mehr erlebt hat. Die Feuerfäden reichen bis 300 Meter hoch und bieten einen großartigen Anblick. Schaden ist bisher nicht entstanden.

Dichter Nebel in England

Am zweiten Weihnachtstfesttag war England größtenteils in dichten Nebel gehüllt. In vielen Stadtteilen Londons herrschte mittags nächtliche Finsternis. Der Verkehr der wenigen am Feiertage unterwegs befindlichen Autobusse und Straßenbahn-wagen war erheblich behindert. Der Flugzeugdienst nach dem Kontinent mußte eingestellt werden. Auch im Vennkanal herrschte gestern Abend dichter Nebel, und die Dampfer konnten sich unter den Klängen ihrer Sirenen und Nebelglocken nur lang-sam vorwärts bewegen.

Ein Bienenfeuer in Barcelona

Ganzes Warenhaus niedergebrannt

Barcelona, 27. Dezember. In den Mittagsstunden des ersten Feiertages brach im größten Warenhaus Barcelonas „El Siglo“ ein Brand aus, der bei dem herrschenden starken Wind bald riesige Ausmaße annahm. Die Vorkarbeiter wurden da-durch erschwert, daß der Wasserdruck der Feuerpumpen sich als zu schwach erwies. Das ganze riesige Gebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der Sachschaden beträgt etwa 30 Millionen Peseten. Bei der Bekämpfung des Brandes wurden acht Personen verletzt. Über 1000 Angestellte sind durch das Brandunglück h o l l o s geworden.

In Zukunft will man die alten Eisenrechen, die zum Schutze der Röhre vor jeder Sperrmauer angebracht werden müssen, durch elektrische Schutzrechen ersetzen. Die Anlage besteht aus zwei Reihen Elektroden, die im Wasser ein Spannungsfeld erzeugen, dessen Kreiswirkung die Röhre umgibt. Wenn man bedenkt, daß die Eisenrechen die Wirtschaftlichkeit der Kraftanlagen bedeutend herabsetzen (mehrmalige Säuberung im Jahr, Verminderung der Wassergeschwindigkeit usw.), dann kann man die Neueinrichtung nur begrüßen.

Vertröstung auf das Arbeitsbeschaffungsmanöver der Regierung

Keine Hilfe gegen Hunger und Frost / Gemeindevorsteher von Sandberg vertröstet auf das Frühjahr / Erwerbslose jetzt erst recht, verstärkt die Einheitsaktion für Deckung der Kohlenhalde und Getreidespeicher

Sandberg. Am 21. Dezember fand im Hotel „Sandberg“ eine Erwerbslosen-Versammlung statt, zu welcher der Erwerbslosen-Ausschuss den Gemeindevorsteher M a g e l eingeladen hatte, damit er sich zu den Forderungen der Erwerbslosen auf Gewährung einer Weihnachtshilfe äußern kann. Das Oberhaupt der Gemeinde hatte zugesagt und war auch erschienen. Die Versammlung war von 400 Erwerbslosen besetzt. Genosse Klein vom Kreis-Erwerbslosenausschuss, nahm kurz zu den Forderungen der Erwerbslosen Stellung und führte aus, er hoffe, daß der Herr Gemeindevorsteher ein erfreuliches Resultat, wie man den Erwerbslosen helfen will, der Versammlung mitteilen werde. Nun ergriff der Herr Vorsteher das Wort und erklärte: „Er erkenne die Notlage, in welcher sich die Erwerbslosen befinden, voll und ganz an, doch es seien tatsächlich

keine Mittel für eine ausreichende Winterhilfe vorhanden und ihm seien auch die Hände gebunden. Die bisherigen Maßnahmen, Lieferung von etwas Holz, Kartoffeln usw. seien nur Hilfsmaßnahmen und bedeuten nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Er hoffe aber, im Frühjahr (!) durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindevorstandes 50 Prozent aller Erwerbslosen in Arbeit und Brot zu bringen. Die Hauptsache sei, daß auch die Erwerbslosen dann mithäufigen.“

Die Diskussion war eine sehr rege. Mit Entrüstung wiesen verschiedene Diskussionsredner zurück, daß man die Erwerbslosen so quasi als „Arbeitslosen“ hinstellt. Wenn man den Erwerbslosen Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen und ausreichendem Lohn gibt, so wird auch jeder arbeiten. Des weiteren wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Erwerbslosen sich mit allen Mitteln für ihre gerechten Forderungen einsetzen werden. Verschiedene Hungermaßnahmen gegen die Erwerbslosen, wie Ernüchterungen, Verschidung Jugendlicher aufs Land und das Wzihen der Miete von der Wohlfahrtsunterstützung, wurden angeprangert und dringende Abhilfe gefordert. Genosse K. führte aus, daß wohl alle Instanzen und Behörden die Not der Erwerbslosen anerkennen, doch helfen könne niemand. Wenn man schon die Not anerkennt, so soll man auch helfen, auch wenn man dabei mit dem Gesetz in Konflikt gerät. Die ganzen Betrüerungen nützen den Erwerbslosen nichts. Davon ist noch niemand satt geworden. Es zeigt sich auch hier,

wenn wir leben wollen, müssen wir uns jetzt denn je zusammenschließen, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Nur durch außerparlamentarischen Kampf können wir unser Los verbessern und erreichen, daß dieses verfluchte kapitalistische System, welches uns nur zum Hungern zwingt, beseitigt wird. Jetzt gerade vor Weihnachten faßt alles vom „Fest der Liebe“, — von „Friede und Wohlgefallen“, damit will man nur die Hirne der Notleidenden vernebeln.

Es besteht im Reiche ein Ueberfluß an Kohlen, Kartoffeln und Brotgetreide, doch lieber läßt man diese Produkte unkommen, als sie an die Erwerbslosen zu verteilen.

Zum Punkt „Arbeitsbeschaffung“ verwies Genosse K. auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SPD., welches gleich-

zeitig aufzeigt, wo die Mittel für Arbeit und Brot herzunehmen sind. In seinem Schlußwort wies der Gemeindevorsteher zuerst die Angriffe imbetreffs der 80 000-Mark-Affäre zurück und betonte, dieses Geld sei nicht verloren. Dann kam er nochmals auf die Arbeitsbeschaffung zurück, er sei der Meinung, das Programm des Landgemeindevorstandes sei gut, ebenso die sogenannte „Arge, bargelblose Arbeitsbeschaffung.“ Jetzt könne eben beim besten Willen nicht mehr getan werden. Doch zum Frühjahr werde er bestimmt für Arbeit sorgen. — Mit diesem Versprechen will der Gemeindevorsteher die hungernden und frierenden Erwerbslosen auf das Frühjahr vertrösten. Die Erwerbslosen sind schon mehr als einmal vertröstet worden. Die Schleicher-Regierung versucht auf diesem Weg, mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie die Kampffront gegen Hunger und Frost, der es schon in zahlreichen Orten gelungen ist, beachtliche Erfolge zu

Freche Verhöhnung der Freiburger Erwerbslosen

Erwerbslose, jetzt erst recht verstärkt den Kampf gegen Hunger und Frost!

Freiburg. In fast allen Zeitungen wurde Neffame für „Winterhilfe“ gemacht. Von der Regierung, den Nazis und der SPD-Presse. Nun hat man die Erwerbslosen mit leeren Versprechungen bis zum „Fest der Liebe“ getröstet. So auch hier in Freiburg. Es war sehr demagogisch von der Verwaltung der Kommune organisiert. Einmal gab's verbilligte Kohlen. Die Muempfänger und Invaliden aber können vor dem kalten Ofen sitzen. Sie erhielten nichts! Die nächste Woche gab es verbilligtes Fleisch (Rindfleisch, ein Pfund 20 Pfennig billiger). Am 23. Dezember, bei der Auszahlung der Wobu, war die Verhöhnung am aller gemeinsten. Dem einen gab man einen Gutschein für ein Stück Seife oder für einen Liter Essig, dem anderen wieder einen Gutschein für ein Brot, das drei Pfennig billiger war, ein Pfund Mehl, Erbsen, Malzsaft usw. Soweit ist es also schon in Freiburg gekommen, daß man mit diesen Brocken abgespeist wird. Einige lehnten es ab, sich auf diese Art beleidigen zu lassen.

Freiburger Erwerbslose, an dieser Tatsache könnt ihr ersehen, daß die Passivität zur größten Verhöhnung durch die Behörden führt. Nur im gemeinsamen Kampfe um die notwendigen Forderungen, welche ihr beschossen habt, könnt ihr eine Verbesserung eurer Lebenslage erreichen. Wacht auf, schart euch um den Erwerbslosenausschuss, kämpft um die Erlangung der alten Rechte!

Freiburg. So großzügig wie die SPD. im Reichstage ist, so ist sie auch am hiesigen Orte. Wenn man sich die „Schweidniger Volkszeitung“ vom 10. Dezember zur Hand nimmt, so steht auf der einen Seite: „SPD. beantragt in Freiburg eine Wirtschaftshilfe.“ Sie beantragten die Auszahlung einer Wochenunterstützung als Weihnachtshilfe. Als die Kommunisten bereits vor längerer Zeit ähnliche Anträge stellten, sagte man: „Das sind nur

Agitationsanträge!“ Sie haben aber scheinbar vergessen, daß der Erwerbslosenausschuss schon lange derartige Anträge gestellt hat, die jedoch immer nur in den Papierkorb gewandert sind. Es wurde auch eine Kommission bestimmt, die mit dem Bürgermeister dieserhalb verhandelte. Er versand es ausgezeichnet, die Kommission von seiner Hilfsbereitschaft, vorläufig aber nur in Worten, zu überzeugen, versprach ferner noch eine Verhandlung mit dem Schweidniger Landrat in dieser Angelegenheit. Die Verhandlung verlief ergebnislos, was dazu führte, daß 300 Erwerbslose sich vor dem Rathaus versammelten und durch Protestrufe auf ihrer Forderung beharrten. Zu bemerken ist noch, daß bei der Protestkundgebung der Erwerbslosen vor dem Rathaus verschiedene Reichsbannerfunktionäre sich ereigneten, den ausgehungerten Erwerbslosen den gemeinen Vorwurf zu machen, sie verständen nur nicht, sich das Geld einzuteilen. Nach den Weihnachtstagen, an denen die Erwerbslosen und ihre Familien nur Elend und Not gesehen haben, heißt es, den Kampf gegen Hunger und Frost verschärft weiterzuführen. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerkameraden müssen sich in diese gemeinsame Kampffront einreihen!

Agitation anträge!

Zürsorge läßt Tuberkulosekranken zugrunde gehen

Sagan. Der Friseurlehrling Wilhelm Hannig, aus Buchwalde, Kreis Rothenburg, geboren am 10. November 1914, war von 1929 bis 1932 bei dem Friseurmeister Giese, Sagan, beschäftigt. Während des zweiten Lehrjahres beschäftigte Giese einen Gehilfen, der an Tuberkulose erkrankt war, und später auch starb. Hannig hatte mit diesem einen gemeinsamen Schlafraum und hat sich wohl durch den gemeinsamen Aufenthalt auch angesteckt. Hannig erkrankte am 2. Februar 1932 an Lungenbluten und wurde von Dr. Fö r s t e r ins hiesige Dorothenhospital geschickt. Die Krankenkasse zahlte 20 Wochen, anschließend daran trat die Wohlfahrt ein. Am 10. September stellte Herr Dr. B l a t als stellvertretender Krankenhausarzt Antrag auf ein Heilverfahren. Der Antrag wurde am 1. Oktober von der Landesversicherungsanstalt abgelehnt, weil keine Invalidenmarken gestellt worden waren und die Landesversicherung in diesem Falle keine Zuschüsse leisten könne. Der Antrag war über das Wohlfahrtsamt gegangen.

Der Friseurmeister Giese hatte aus Sparfameltgründen keine Invalidenmarken gestellt, trotzdem er hierzu verpflichtet war. Der Antrag lag nun wohl verahrt in den Schüben des Wohlfahrtsamtes, bis der Vater des Hannig beim Minister für Wohlfahrt wegen Vernachlässigung Beschwerde einlegte. Jetzt endlich sah sich das Wohlfahrtsamt veranlaßt, die Akten wieder einmal an das Tageslicht zu bringen. In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Wohlfahrtsamtes wurde nach langen Debatten beschlossen, für das Heilverfahren die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Auf Bezahlung der anderen Hälfte ist Antrag beim Provinzialverein für Bekämpfung der Tuberkulose gestellt worden. Wie wird aber der Erfolg sein? Und welche Schwierigkeiten werden noch weiter entstehen. Zu bemerken ist noch, daß Hannig zur Zeit noch im Dorotheen-Hospital ohne jede Besserung daniederliegt. Ehe hier geholfen wird, kann derselbe zugrunde gehen. Das ist der Weg der kapitalistischen Zürsorge! Gegen diese Behandlung, gegen Hunger und Siechtum müssen die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter sich zum gemeinsamen Kampfe zusammenschließen.

Hallo! Hallo! Wir spielen!

Görlitz. Da bei der am 22. November stattgefundenen Aufführung des Schauspiels „Die Verätergasse“ Hunderte von Besucher keinen Einlaß mehr finden konnten, wiederholen wir diesen Theaterabend am Dienstag, dem 10. Januar, abends 8 Uhr, im Konzerthause. Wir kommen mit dieser zweiten Aufführung auch einem zahlreich geäußerten Wunsch von Besuchern entgegen, die die Erstaufführung begehren und nunmehr das bedeutend verbesserte Stück ein zweites Mal sehen wollen. Ungemein geminnt das Stück durch das nunmehrige Auftreten des Stadtschreibers Johannes Haß, welcher seinerzeit den Aufstieg der Görlitzer Handwerker niederschlug. Da inzwischen das Stück im Unterbezirk mit dem größten Erfolge vor stets ausverkauften Häusern gespielt worden ist, dürfte es sich empfehlen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. Solche sind in der Geschäftsstelle der „Arbeiter-Zeitung“, sowie bei den Funktionären der Roten Hilfe erhältlich. Preise: Nummerierter Platz 50 Pfg. Unnummerierter Platz 30 Pfg. Arbeiter! Klaffengewissen, meidet den Kinostück und agitiert für Massenbezug dieser proletarischen Veranstaltung.

Das Wort haben jetzt die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes, insbesondere die Kommunisten und Anhänger der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Geht mit Nachdruck an die Vorbereitung der Betriebsratswahl! Hinans mit solchen Schulzen und Unternehmerlaxen an den Betriebsratsfunktionen! Sorgt für die Wahl von ehrlichen, Klassenbewußten Kolleginnen und Kollegen in den Betriebsrat!

Hegarheit im Postamt

Sagan. Durch den Mehrverkehr während der Weihnachtsfeiertage konnte man beim hiesigen Postamt die Folge der Nationalisierung so recht klar bemerken. Langes Warten der Kunden machte sich an allen Schaltern bemerkbar. So auch im Hauptgebäude am Schalter der Gepäckabfertigung. Auch am Bahnhof mußte man häufig 20 Minuten warten. Ganze drei Mann waren an letztgenannter Stelle tätig. Das hatte zur Folge, daß die Beamten trotz größtem Schuttes die Arbeit nicht bewältigen konnten. Mancher Zug schleppte die Güter weiter mit. Das Ankommen der Waren verzögerte sich häufig, da sie von der anderen Station wieder zurückgebracht werden mußten. Die kleineren Beamten müssen für ein lärgliches Gehalt hupfen. Den mittleren Beamten geht es nicht besser. Dagegen scheinen die besserbezahlten Beamten bald hier bald da mal herum, ohne einen Finger zu rühren, oder aber sehen sie zu, wie sich andere abjagen. Das sind die Früchte der Nationalisierung.

Ihr kleine Angestellte und Beamte müßt den Kampf gegen diese Nationalisierung und gegen die Hungergehälter führen. Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn ihr gemeinsam, ohne Rücksicht auf eure Weltanschauung und Parteizugehörigkeit zusammensteht!

Sektion über „Gerechtigkeit — Arbeitsrecht“ und reformistischen Betriebsräte

Sagan. In Sagan gibt es eine große Textilfabrik, M o s - L ö w - W e r, bekannt durch Ausbeutung, Hungerlöhne und Musterbeispiele für den reformistischen Betriebsrat. Die zwei roten Betriebsräte sind dem Fabrikbesitzer H a n s W e i ß und den reformistischen Bürokraten und Betriebsräten ein lästiges Nebel. Also müssen sie „raus“, zumal es bald Neumahl der Betriebsräte gibt. Hans Weiß denkt: „Gott, du Gerechier, ist die Not am größten, ist der Schulze am nächsten“ — und läßt den Betriebsratsvorsitzenden, Potentzialisten und eiserner Hindenburg Schulz rufen, der den Leuten seines Herrn und Meisters größtes soziales Verständnis entgegenbringt. „Ach hab' z“, beglückt rennt Schulze zum Hannes und hält ihm die „Arbeiter-Zeitung“ entgegen. Da steht ein Bericht über die Mißstände in unserem Betrieb drin. Hans Weiß, er treut und empört zugleich, läßt auf Anraten Schulzes den roten Betriebsrat A. rufen. Hannes und Schulze bezichtigen A., er habe vertrauliche Mitteilungen aus einer Betriebsratsitzung den Arbeitern offenbart. Mit einem Donnerwort und Bannfluch, unter stillem Einverständnis Schulzes, wird dem roten Betriebsrat gefündigt. „Und Sie besorgen das weitere“, mit diesen Worten wendet sich der Fabrikbesitzer Hannes an den reformistischen Chef des Betriebsrates. Schulze reißt die Knochen zusammen: „Nawohl, Herr Weiß!“ und alle können gehen. Befriedigt fällt Hannes in den Zeffel.

Der Einspruch des roten Betriebsrates beim Arbeiterrat wird mit sieben gegen eine Stimme bei einer Enthaltung abgelehnt. Es erfolgt die Klage beim Arbeitsgericht. Hier stellt sich heraus, daß die Firma keine Zustimmung zur Kündigung des Betriebsratsmitgliedes beim Arbeiterrat eingeholt hat. Der Rechendoctor als Vertreter von Hans Weiß erklärt:

„Ja, das ist zwar nicht schriftlich geschehen, aber in der Auforderung des Firmeninhabers an den Betriebsratsvorsitzenden Schulz: „Das weitere veranlassen Sie“, lag praktisch der Antrag der Firma an den Arbeiterrat, der Kündigung von A. zuzustimmen.“

Schulze, den sich der Doctor als Zeugen mitgebracht hat, bezeugt, daß er „soziales Mitgefühl“ für den Kollegen Appelt und seine Familie habe und in der Aufforderung seines Chefs, das weitere zu veranlassen, den Antrag für die Zustimmung zur Entlassung gesehen habe. Deshalb sei in der fraglichen Arbeiterratsitzung neben dem Einspruch aus Paragraph 84 des BRG, zugleich auch der Antrag des Herrn Weiß behandelt und beschlossen worden.

Befreite proletarische politische Gefangene

rufen euch zur Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Klassengenossen!

Durch die Massenmobilisierung der Roten Hilfe Deutschlands wurde unter dem Druck der Massen und durch den Vorstoß der KPD im Reichstag eine Amnestie angenommen werden.

Wir, die wir die Arbeit der Roten Hilfe kennengelernt haben, wir, deren Angehörige durch die Rote Hilfe unterstützt und betreut worden sind, sind in die „Freiheit“ zurückgekehrt. Tausende unserer Massengenossen müssen noch weiter in den Käsematten der „freien“ Republik schmachten, sind um die Amnestie betrogen worden. Die größte Gefahr der Amnestie ist die, daß ein großer Teil der Wertlosen glaubt, daß nun die Massenjustiz geschlagen ist. Nicht nur, daß Tausende um die Amnestie betrogen worden sind, werden tagtäglich wieder erneut Massengenossen vor das Klassengericht geschleppt und verurteilt. Ihnen muß durch verstärkte Solidarität der Glaube an die Kraft des Proletariats bewiesen werden. Den um die Amnestie Betrogenen muß durch doppelte Solidarität die Kraft zum Aushalten bis zu ihrer endgültigen Befreiung gegeben werden.

Wir, die durch euren Kampf um die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen aus den Klauen der Klassenjustiz befreit worden sind, verpflichten uns, alle unsere Kräfte zum Kampf gegen die Klassenjustiz, zur Unterstützung der Arbeit der Roten Hilfe, einzusetzen. Wir fordern alle Massengenossen auf, mit uns gemeinsam die Winterhilfe der Roten Hilfe verstärkt fortzuführen.

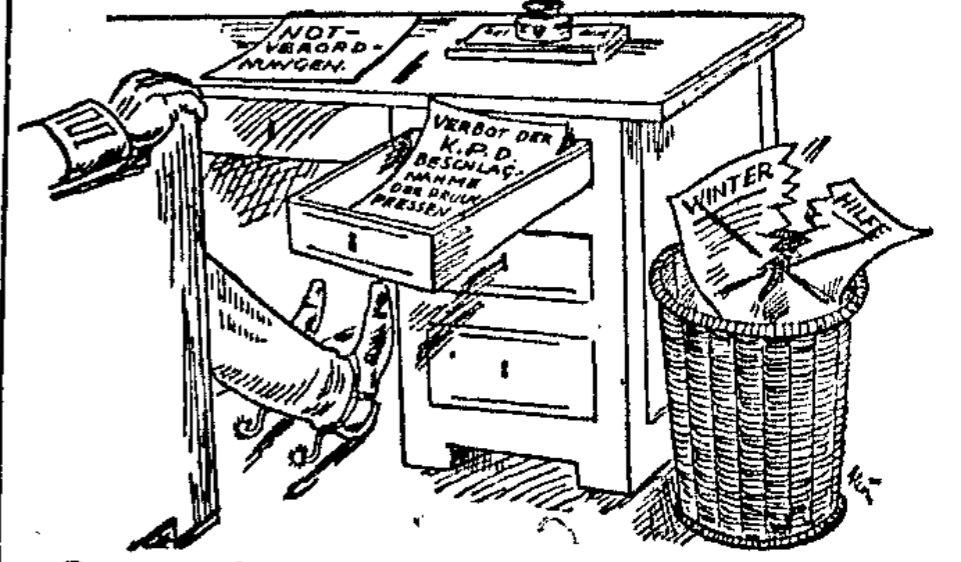
Vorwärts zum Kampf um die Befreiung der um die Amnestie Betrogenen!

Es lebe die Solidarität!

Es lebe der Kampf um die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen!

Die durch die Amnestie befreiten proletarischen politischen Gefangenen:

Robert Jungert, Breslau — Ernst Müller, Ostkr. Hofe, Oslau
Kurt Schubert, Kanth — Anna Rose, Oslau — Paul Wieba, Görlich
Herbert Fendius, Breslau



„Den gewerkmäßigen Unruhestiftern ebenso wie einer gewissen aufreizenden, die Atmosphäre vergiftenden Presse darf ich warnend zur Kenntnis bringen, daß eine Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt.“

der SWP-Strategen, wie wir das schon immer betont haben, kein Unterschied besteht.

Auch dieser Artikel der „SWP“ wird mit dazu beitragen, daß die Leser dieser Verleumdungs- und Schmähungsorgane die wahre Gestalt der SWP-Bürokratie kennen lernen und begreifen, daß das Bestreben dieser Leute nur dahin gerichtet ist, gegen die revolutionäre Bewegung zu Felde zu ziehen und die Front des Klassenkampfes zu zerschlagen.

SPD. will ihren Verrat verdecken

Brieg. Am Mittwoch fand hier eine Erwerbslosenversammlung statt, welche noch einmal zu den Forderungen der Erwerbslosen an den Magistrat Stellung nahm. Zu dieser Versammlung waren die Fraktionen der SPD., SWP. und KPD. geladen, um über die letzte Stadtratsbeschlussfassung zu sprechen.

Wir haben bereits in den letzten Tagen aufgezeigt, wer die Interressen der Erwerbslosen im Stadtparlament vertrat. Wie es um die Interessenvertretung der Erwerbslosen durch den aus einer sozialdemokratischen Mehrheit zusammengesetzten Erwerbslosenausschuß aussieht, haben wir ebenfalls bereits bewiesen. Wenn nun diese Versammlung dazu dienen sollte, daß sich diese Herren vor den Erwerbslosen reinwaschen wollten, so ist dieses lediglich ein Manöver, was hier mit den Erwerbslosen getrieben wird.

Ausgerechnet Bietorek, der selbst Mitglied des Magistrats ist, verfuhr in dieser Versammlung die Dinge so hinzustellen, als wenn die SPD. den Magistrat unter ihrem Einfluß habe (?). Auch wollte er den Erwerbslosen einreden, daß es unter der Müller-Regierung besser gewesen sei. Die Erwerbslosen erkennen aber dieses demagogische Spiel immer mehr und mehr, was die Zwischenrufe bewiesen. Auch sind die Erwerbslosen zu der Erkenntnis gelangt, daß mit diesen Methoden die Interessen der Erwerbslosen nicht wahrgenommen werden können, indem sie die SPD. mit einer Anfrage im Parlament beginnt. Auch die Tatsache, daß Frau Wolf von der SPD. in der Mitgliederversammlung der Eisernen Front die Forderungen unseres Genossen Flegel als idiotisch bezeichnen, läßt die Erwerbslosen immer mehr erkennen, wie wir das schon in unserem letzten Artikel betont haben, daß die Verräter der Erwerbslosen in den Reihen dieser Demagogen sitzen.

Aufgabe der Erwerbslosen von Brieg muß es sein, daß sie aus diesem Spiel, was mit ihnen getrieben wird, die einzig richtige Lehre ziehen, indem sie diese Demagogen und Verräter aus dem Erwerbslosenausschuß verjagen und sich einen Erwerbslosenausschuß schaffen, der, gestützt auf das Vertrauen der Erwerbslosen, wirklich gewillt ist, die Interessen der Erwerbslosen zu vertreten.

Besserer Antragseingang bei der Volksfürsorge

Die Vertrauenskrise in der Wirtschaft beeinträchtigte im letzten Jahre auch die Werbetätigkeit der Volksfürsorge, unseres Lebensversicherungsunternehmens. Seit dem September ist eine Wendung eingetreten. Die Zahl der monatlich eingereichten Anträge für Volksversicherungen stieg im September auf 11 323 und im Oktober auf 13 218. Für November ist ein noch bedeutend günstigeres Ergebnis zu erwarten.

Diese Besserungsercheinungen sind sehr erfreulich, nachdem die Volksfürsorge sich viele Monate mit einem niedrigeren Resultat zufriedengeben mußte. — Auch die Wiederinkraftsetzung beitragsfrei gewordener Versicherungen hat zugenommen. Wenn diese Entwicklung anhält, wird die Volksfürsorge in absehbarer Zeit auch wieder in der Lage sein, den Raumarkt durch Hypothekendarlehen mehr als im letzten Jahre zu beleben.

MASCH

Heute Mittwoch Fortsetzung des Kursus „Die Sowjetunion von 1928-32.“ — Donnerstag Fortsetzung des Kursus „Politische Ökonomie“. — Freitag Hörsaalversammlung: „Wirtschaftspolitische Rückblick auf das Jahr 1932.“

Arbeiter-Mandolinisten-Bund e. V., Ortsgruppe Breslau, Abteilung II.

Achtung Kurfus! im Mandolin- und Gitarrenspiel, auf der Grundlage des Notensystems, beginnt am 5. Januar 1933. Anmeldungen hierzu finden Donnerstag, den 29. Dezember 1932 im Schulhaus Nikolaistraße 63, Zimmer 3, statt. Kinder, Jugendliche, Erwachsene, welche hierfür Interesse haben, sind freundlichst eingeladen, desgleichen, welche obige Instrumente spielen können, in unsere Kinder-, Jugend-, Erwachsenen-Orchester-Gruppen. Nähere Auskunft wird gern und unverbindlich erteilt. Es ist unsere Aufgabe und soziale Pflicht, die Volksmusik in den Dienst des Proletariats zu stellen.

Auswahlspiel im Fußball am Sonntag, dem 1. Januar. Es spielen: Schiedsrichtervereinigungen gegen Bezirksfunktionäre. Zeit und Platz wird noch bekanntgegeben.

Wandeleihhaus Grundmann

Breslau, Trednitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuddachen

Bettfedern - Inletts

Muster-Reinigungs-Anlage
Tel. 40415 - Autodienst gratis
Bettenhaus HERZIG
Breslau X, Am Waterlooapl.

Blutschuld der Naziführer erwiesen

Dresden-Freital, 28. Dezember. (Fig. Drahtber.) In der Fememordache Henrich konnte die Kriminalpolizei nunmehr die erste Verhaftung vornehmen, und zwar den SA-Mann Vormann, der den drei Fememördern seinerzeit zur Flucht verholfen hat. Obgleich er jetzt ein Brief bekann, den die Mutter des Ermordeten an den Mörder gerichtet hat, worin die Mutter flehentlich nach ihrem verstorbenen Sohn fragt. Die braunen Banditen haben diesen Brief unbeantwortet gelassen. Böhm hat vielmehr den Standardenführer Herold-Dresden beauftragt, sich mit der Mutter in Verbindung zu setzen. Dieser schrieb an die Mutter einen Brief folgenden Inhalts: **„Da ein solches Vorwissen an und für sich im Familienleben der Menschen keine Seltenheit ist und außerdem Ihr Sohn in keiner Weise mir dienlich unterstand, da er ja in einer Sonderabteilung Dienst hatte, lag für die Standarte kein Anlaß vor, sich dieser Angelegenheit im besonderen anzunehmen. Sollte eine durch den Parteigenossen Krause Handlung vorliegen, so wäre zu wünschen, daß die inzwischen erfolgte Amnestie zu der erhofften Lösung der Angelegenheit beitragen werde.“**

Dieser Brief kennzeichnet besser als alles andere die Blutschuld der Naziführer und ihrer Verantwortlichen an dem bestialischen Fememord.

Einmal Angarastroi — zehnmal Dnjeprostroi

Während die Welt noch voll Bewunderung von der Vollendung des Dnjepr-Kraftwerkes spricht und gespannt nach der Wolga blickt, wird in Ostibirien in aller Stille ein viel größeres Projekt ausgearbeitet. Während Dnjeprostroi 2,2 Milliarden Kilowattstunden liefert (bei 810 000 PS.), beträgt die Angara 12 bis 15 Millionen PS.

Die Bildauschnitte in der neuen „M.Z.“ zeigen, wie im Lande des Sozialismus die mächtigsten Naturkräfte in den Dienst des sozialistischen Aufbaus gestellt werden.

Die „M.Z.“ ist überall zu haben und kostet 20 Pfennig.

Erfolgreicher Kampf um Winterhilfe

Eströbel. Die bereits in der „Arbeiter-Zeitung“ berichtet worden ist, haben sich die Erwerbslosen von Eströbel zusammengeschlossen, um für eine Reihe berechtigter Forderungen, welche sie gestellt hatten, zu kämpfen. Die Erwerbslosen wählten sich einen Erwerbslosenausschuß. Bei der Auszahlung der Unterstützung am 23. Dezember wurden folgende Forderungen erfüllt:

1. Die Unterstützung wurde in alter Höhe ausgezahlt.
2. Für ledige Wohlfahrtserwerbslose wurde eine Weihnachtshilfe in Höhe von 3 Mark gewährt.

Die verheirateten Wohlfahrtserwerbslosen erhielten eine Weihnachtshilfe ungefähr in der Höhe der alten Unterstützung ausgezahlt. Ein verheirateter Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit drei Kindern erhielt z. B. eine Weihnachtshilfe von 11,50 Mark. Die Weihnachtshilfen wurden in Form von Gutscheinen, die in jedem im Ort befindlichen Geschäft eingelöst werden können, gewährt.

Erwerbslose von Eströbel, wie wären diese Forderungen erfüllt worden, wenn nicht die Arbeiterkraft den Kampf geschlossen geführt hätte. Nichts haben die hiesigen SPD'n bisher für die Erwerbs-

losen unternommen. Deshalb geht diesen SPD'n, welche versuchen, die geschlossene Einheitsfront zu zerschlagen, die ihnen gebührende Antwort:

Laßt euch nicht durch irgendwelche Manöver verwirren, sondern noch tiefer und geschlossener müßt ihr auftreten, um auch die weiteren Forderungen zu erkämpfen.

Daß es möglich ist, in geschlossener Kampffront euren Forderungen nachdruck zu verleihen, das zeigt die Erfüllung eines Teils eurer Forderungen. Es darf also kein Ausruhen geben, sondern der Kampf muß weitergeführt werden, um folgende Forderungen:

1. Beschaffung von Kohle durch die Gemeinde für alle Erwerbslosen.
2. Bereitstellung eines Raumes für die jugendlichen Erwerbslosen.
3. Verlegung der Stempelkontrolle nach Eströbel.
4. Hinzuziehung eines Mitgliedes des Erwerbslosen-Ausschusses zu den Sitzungen des Wohlfahrtsausschusses.

Ein Nazi-Lehrlingschinder und Ausbeuter!

Zobten. Ausbeutungsformen und schmierigster Art herrschen bei dem Nazi-Abnehmer Tschalla. Schon in mehreren Fällen mußte Tschalla erhebliche Strafen zahlen, weil er Lehrlinge verprügelt hatte. Die Lehrlinge erhalten wenig zu essen, dafür müssen sie aber zehn Stunden und länger schuften. Einmal müssen sie dann noch schwere Wagen mit Handwerkzeug weite Strecken schieben. Des Öfteren müssen Lehrlinge auch Sonntags arbeiten. Eine Entschädigung für Überstunden und Sonntagsarbeit wird nicht gezahlt. Weigert sich ein Lehrling einmal Sonntagsarbeiten zu verrichten, so wird ihm mit Prügel gedroht. Beiträge zur Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung werden nicht gezahlt, obwohl er laut Lehrvertrag hierzu verpflichtet war, jedoch er erst durch Arbeitsgericht zur Zahlung verpflichtet werden mußte.

Nicht genug, daß die Lehrlinge Überstunden leisten müssen, so werden sie nach Belieben zu arbeiten gezwungen. So wurden die Lehrlinge erst kürzlich wieder aufgefordert, bei dem Müllermeister in Fischwitz, wo sie arbeiten, Mehl zu entmalen. Es wurde ihnen gebot, daß sie nicht zu essen bekommen, wenn sie kein Mehl mitbringen. Bei der Bekleidungsarbeiten in Zobten, mußten sie ebenfalls Bretter und Petrokum entmalen.

In einem Falle kamen die Lehrlinge leer zurück, da sie die verbotenen Bretter nicht gefunden hatten. Gegen 10 Uhr abends, drückte Tschalla den Lehrlingen eine Laterne in die Hand und forderte die Lehrlinge unter Androhung von Prügel nochmals auf, Bretter aus der Bekleidungsarbeiten zu holen. Ohne jeden Grund schlägt er auf die Lehrlinge ein.

Wegen sechs Pfennig geprügelt

Erst dieser Tage wurde der Lehrling Sabit von Tschalla geprügelt, weil er Mehlmeister, welcher verboten war, ausgehütet hatte. (Der Mehlmeister hatte einen Wert von 5-6 Pfg.) Zu erwähnen ist hierbei, daß ein anderer Lehrling kurz zuvor aufgefordert wurde, den Mehlmeister auszuschütten. Gegenüber den Lehrlingen läßt sich der Nazi-Tschalla sehr hart. Anders ist es aber gegenüber seiner Frau, unter deren Pantoffeln er läuft. Ja, es ist schon das Öfteren vorgekommen, daß er von seiner Frau verprügelt worden ist. Es ist aber die höchste Zeit, daß sich die Handwerkskammer einmal um diesen Nazi-Tschalla kümmert und ihm die Lehrlingenausbildung entzieht, denn es kann nicht länger geduldet werden, daß Lehrlinge bezüchelt ausgebeutet werden und anstatt zur Ehrlichkeit erzogen, zum Diebstahl angehalten werden. Auch lehren es die Arbeiter ab, von den vorurteillichen Meinungen berichten zu lassen.

Diese hier aufgezählten Tatsachen werfen ein deutliches Licht auf die Lehrlingenausbeutungsmethoden, wie sie heute in Deutschland, im gleichem Maße wie im Mittelalter herrschen. Auch liefern diese Tyranneiweisen eines Nazi-Abnehmer den härtesten Beweis,

wie sich diese „Hüter-Anbeter“ schon heute glauben im „Dritten Reich“ zu fühlen.

Die Jungarbeiter müssen hieraus die einzig richtige Lehre ziehen, indem sie sich einreihen müssen in die Einheitsfrontaktion, nur gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern den Kampf zu führen gegen alle Maßnahmen des kapitalistischen Systems und gegen die unmenschliche Lehrlingschindererei. Gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband und der RGD.-Jugend, muß diese Jungarbeiterkampffront geschaffen werden.

Auch die Arbeiterkammer, welche gezwungen sind, ihre Kinder diesem Nazi-Tyrannen in die Lehre zu geben, müssen in geschlossener Front den Kampf gegen diese Lehrlingsmißhandlungen aufnehmen.

Die SWP. und der Bauarbeiterstreit

Daß die SWP. gewillt ist, ihre Verleumdungskampagne gegen die RGD. in gemeinsamer Front mit der Gewerkschaftsbürokratie fortzusetzen, davon zeugt der Bericht über die Versammlung der streikenden Bauarbeiter, welcher in Nr. 294 der „M.Z.“ erschien. Genau so wie beim Streit der Steinseher spielt die Sapler-Presse auch hier die Rolle der Lüge und Verleumdung gegen die RGD.

In diesem Bericht wird die Behauptung aufgestellt, daß ein streikender Bauarbeiter erklärt habe, die RGD. kümmere sich nicht um die streikenden Kollegen.

Es heißt dort u. a.:

„Der misstreuende Maurer Pohl war über ein Jahr Mitglied der RGD. Als der Streit begann, wurde ihm von der RGD. mitgeteilt, daß er keinerlei Unterstützung bekommen könne, außer Brot, das vielleicht die Rote Hilfe für ihn übrig habe. Pohl hat daraus die richtige Schlussfolgerung gezogen und ist wieder Mitglied des Baugewerksbundes geworden.“

Es ist fast unglaublich, mit welchen Märchen die Sapler-Presse versucht, ihre Leser zu belehren. Denn wer von den Tintenfüßler der „M.Z.“ glaubt im Ernst daran, daß die Rote Hilfe dazu da sei, Streikunterstützung zu zahlen. Auch die Behauptung, daß der Maurer Pohl erklärt haben soll, die RGD. hätte es abgelehnt, für die streikenden Kollegen zu sorgen, ist nur dazu angetan, eine erneute Altsache gegen die RGD. zu reiten. Ohne weiteres steht fest, daß alle Kollegen im Baugewerbe, welche in den Streit einbezogen sind, durch die Solidaritätskampagne des Solidaritätsausschusses der Bauarbeiter unterstützt worden sind, soweit dieselben keine Streikunterstützung vom Baugewerksbund erhalten. Aber was kümmert das die „M.Z.“? Ihr ist jedes Mittel und jede Gelegenheit recht, wo sie sich in die Front der Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer gegen die RGD. stellen kann.

Daß auch dieser Bericht von der „SWP.“ kommentarlos veröffentlicht wird, zeigt davon, daß in der Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse zwischen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie und

Proletarischer Internationalismus schlägt imperialistische Kriegstreiber!

Rede des Genossen Henri Barbusse auf der Tagung des Weltkomitees

Das Weltkomitee gegen den imperialistischen Krieg hat seine Tagung in Paris beendet. Wir haben bereits die wichtigsten Beschlüsse, die auf dieser Tagung gefaßt wurden, veröffentlicht. Nachstehend bringen wir auszugsweise die ausführliche Rede des Genossen Barbusse über die internationale Lage.

Der Kriegsschuldenkonflikt

Der Schatten des letzten Krieges lastet noch immer auf den Völkern. Man fordert die Bezahlung der Kriegsschuldenlasten. Es ist nicht mehr Deutschland, das zahlen soll und es ist auch nicht mehr Frankreich, sondern es sind die Werktätigen in allen Ländern, denen man die Sozialversicherung, die Gehälter, die Löhne und die Renten radikal kürzen will. Das Proletariat, das schon den Krieg mit seinem Blute bezahlt hat, soll jetzt auch noch mit seinen Hungergrößen die Rechnung der imperialistischen Kriegstreiber in Ordnung bringen. Man kann nicht von Frieden sprechen, solange nicht durch völlige Streichung aller Schulden und aller Reparationen der vorige imperialistische Weltkrieg liquidiert ist. Diese Liquidation kann aber nur dann vorgenommen werden, wenn die internationale Kraft der Arbeiter und der Werktätigen die räuberischen Verträge der imperialistischen Mächte zerlegt.

Die Gegensätze zwischen dem französischen und deutschen Imperialismus

Der „konstruktive Sicherheitsplan“ der französischen Regierung ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Plan rein militärischer Maßnahmen in ganz Europa (selbstverständlich ausgenommen die Sowjetunion). Der Plan bezweckt weiter eine Aufrechterhaltung des Versailler Systems. Dieses Versailler System aber ist die Quelle neuer imperialistischer Konflikte. Seine Bestimmungen schüren den Chauvinismus, wie z. B. in Deutschland und Polen. Man präsentiert eine Art von militärischem Bündnis, das die Lösung in einer „Annäherung“ zwischen Deutschland, Frankreich und Polen liegt, während in Wirklichkeit die Gegensätze und Feindschaften zwischen diesen imperialistischen Staaten bestehen bleiben. Die einzige Grundlage eines solchen Bündnisses ist der gemeinsame Kampf gegen die Arbeiterklasse und gegen den Arbeiter- und Bauernstaat.

Eine wirkliche Sicherheit kann nur herbeigeführt werden durch eine Verbrüderung der Werktätigen dieser Länder auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen die soziale und nationale Unterdrückung. Wir werden den Kampf für folgende Forderungen fortsetzen: Vernichtung des Versailler Vertrages, Herabsetzung der Kriegsbudgets, schärfster Kampf gegen jede chauvinistische Propaganda und gegen jede Zusammenarbeit der Generalstäbe Frankreichs, Deutschlands und Polens. Wir werden zur Organisierung dieses Kampfes eine Unterkommission einsetzen, einen Überwachungsausschuß, der die Aufgabe hat, die Entwicklung der Beziehungen zwischen den französischen, deutschen und polnischen Imperialisten zu kontrollieren und den Gegenangriff gegen die Imperialisten zu führen.

Der Krieg im Fernen Osten

Genosse Barbusse schildert eingehend den Raubkrieg Japans, wobei er an Hand von Zitaten aus der Rede des japanischen Delegierten beim Völkerbund, Matsuda, die Ziele des japanischen Imperialismus bloßlegt. Einer scharfen Kritik unterzog er auch den Lytton-Bericht. Niemand würde durch eine Untersuchungskommission des Völkerbundes eine Lösung des ungeheuren Kriegsproblems im Fernen Osten erfolgen. Der Lytton-Bericht legt den Nachdruck auf die Wiederherstellung der kapitalistischen

Ordnung“ in China und auf die Vernichtung der Sowjetrevolution.

Im Vordergrund der Weltpolitik, so erklärte Genosse Barbusse weiter, steht jetzt die Frage des Stillen Ozeans, wo sich die imperialistischen Gegensätze bereits zum offenen Zusammenstoß zu lösen beginnen. Der Krieg zwischen Japan und China ist der Auftakt eines Krieges von weit größerem Ausmaße. Der Völkerbund ist völlig unfähig, die Frage des Krieges zu lösen, denn er ist nichts anderes als ein Verwaltungsausschuß der imperialistischen Großmächte. Wir werden im kommenden Frühjahr im Fernen Osten einen Kongreß organisieren und eine Untersuchungskommission entsenden, die die ganze Wahrheit über dieses Kapitel des neuen Weltkrieges sagen wird.

Der Krieg in Südamerika

In Südamerika ist die Kriegsgefahr viel drohender, als es bisher den Massen der Werktätigen bewußt geworden ist. Zene

Kriege, die in Südamerika jetzt bereits toben, sind zurückzuführen auf den Konkurrenzkampf zwischen den beiden imperialistischen Staaten England und Amerika. Gerade die wachsende Rivalität zwischen diesen Mächten läßt voraussehen, daß sich eines Tages das Nordens über ganz Südamerika erstreckt wird. Wir begrüßen den Antikriegskongreß Südamerikas, der im Februar in Montevideo tagen wird. Wir werden auch dorthin eine Untersuchungskommission senden.

Henri Barbusse schloß seine Ausführungen mit den Worten:

„Wir wollen überall dort auf unserem Kampfposten sein, wo die Kriegsgefahr mit einem neuen Weltbrand droht. Wir wenden uns gegen alle Einrichtungen des Betruges und des Mordes, zu dem sich die dem Untergang geweihte Bourgeoisie unter einem großen Aufwand heuchlerischer Phrasen vorbereitet.“

Ein Sieg von großer Bedeutung

Walzwerk Kusnech liefert Schienen für den sozialistischen Aufbau — Die Wandlung Sibiriens aus einer Strafkolonie des Zarismus in ein Land sozialistischer Zivilisation

Moskau, 27. Dezember. Das Land der proletarischen Diktatur hat einen neuen gewaltigen Sieg errungen. Unter Führung seiner bolschewistischen Partei hat das Proletariat der Sowjetunion in diesen Tagen die Eroberung eines neuen Abschnittes des Fünfjahresplanes in der Geschichte seines heldenhaften Kampfes um den Sozialismus zu buchen. Die Walzwerke des Kusnecker Kombinats haben Mitte Dezember die ersten Schienen geliefert.

Damit ist die vom 16. Parteitag der KPSSU beschlossene Schaffung einer zweiten Hüttenbasis im Osten nicht nur Wirklichkeit geworden, sondern nimmt bereits im Wirtschaftsleben des proletarischen Staates einschneidende Veränderungen vor. Das Eisen der Magnitogorsker Hochöfen, der Stahl aus Kusnech rollt in immer größeren Mengen zu den Ranten des Fünfjahresplanes. Zu den wichtigsten Betrieben des Kusnecker Kombinats gehört das Walzwerk, das zu den größten Werken in der Welt überhaupt gehört und das größte Walzwerk Europas ist.

Die Bedeutung der Produktion dieses Walzwerks für den Sozialismus ist ungeheuer. Die Aufnahme der Schienenproduktion in Kusnech bedeutet einen Wendepunkt im Ausbau des gesamten Eisenbahnnetzes der Sowjetunion. Die Schwierigkeiten des Eisenbahntransportes sind nicht zuletzt auf die ungenügende Schienenproduktion der sowjetrussischen Walzwerke zurückzuführen. Das Kusnecker Walzwerk wird alle Typen von Schienen, Unterlagen, Profilen, Balken erzeugen, und zwar in größeren Mengen als die größten amerikanischen Schienenwerke. Damit wird der Eisenbahntransport der Sowjetunion in der Lage sein, das gesamte abgenutzte Schienennetz zu erneuern und damit eine der größten Schwierigkeiten zu überwinden.

Dieser Sieg hat noch größere Bedeutung dadurch, daß er einen neuen Beitrag zur Industrialisierung Sibiriens darstellt. Das gewaltige Land vom Ural bis zum Stillen Ozean, fünfmal so groß wie ganz Europa, war unter dem Zarenregime so gut wie überhaupt nicht erschlossen. Erst die Sowjetmacht hat die ge-

waltige Bedeutung dieses reichen Landes begriffen und beginnt nun seine Reichtümer für den Sozialismus nutzbar zu machen. Die in Sibirien geschaffene Hüttenbasis verändert das ganze Gesicht dieser ehemaligen Strafkolonie des russischen Zarismus. Auf der Grundlage einer modernen Schwerindustrie entstehen neue Städte, ändern die alten ihr bisheriges Antlitz.

Ein amerikanischer Ingenieur, der an der Montage der Walzwerke in Kusnech mitgearbeitet hat, sagte: „Noch vor drei Jahren hielten es viele Ausländer für unmöglich, unter sibirischen Verhältnissen derartige Industriebetriebe aufzubauen. Sibirien war schon der letzte Ort, wohin jemand geschickt war, zur Arbeit zu gehen.“ Und jetzt gehört dieser Amerikaner zu den Enthüllern des sozialistischen Aufbaus. Im Lande des sozialistischen Aufbaus haben tausende ausländische Arbeiter und Fachleute gelernt, daß „die Arbeit eine Sache der Ehre, der Ruhmes und des Selbstwertes“ ist.

Die Lügenmeldungen von „Verhaftungen in der Sowjetunion“

Moskau, 27. Dezember. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion erklärt, daß die Meldungen einiger ausländischer Zeitungen, wonach mehrere ehemalige Volkskommissare und andere Persönlichkeiten, wie z. B. Kamenew und Sinowjew, verhaftet und deportiert worden seien, Erfindungen sind, die nicht einmal ein Dementi verdienen. Bezeichnenderweise wurden diese Lügen von den Trotskyisten aufgebracht und sofort von der gesamten bürgerlichen Presse aufgegriffen.

Zum Volschaker Chinas in der Sowjetunion ist der frühere sibirische Außenminister und jetzige Delegierte Chinas beim Völkerbund, Dr. Yen, ernannt worden.

Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

8. Fortsetzung

Nach langem Beraten wurde der Beschluß gefaßt, eine Ermäßigung des Pachtzinses um 70 Prozent zu verlangen. In Fällen, wo die Ernte unter 30 Prozent des Durchschnittsertrags stand, sollten auch die 30 Prozent Pacht entsprechend verringert werden. Bei gänzlichem Ernteausfall würde der Pächter überhaupt nichts zu zahlen brauchen. Diese Resolution wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Am 20. Tage des 7. Monats wurde die Tagung der Bezirksvertreter eröffnet. Der über 100 Delegierte und gegen 1000 Gäste beiwohnten. Der Vorstoß wurde mit Übertragen. Ich schilderte die verzweifelte Lage in den überschwemmten Gebieten, erstattete Bericht über die Tätigkeit des Bauernbundes und über die im Plenum anlässlich der Ermäßigung des Pachtzinses stattgefundenen Debatten. Als ich geendet, brach unter den Gästen ein unbeschreiblicher Lärm aus. Die Bauern ballten die Fäuste, als ob es schon zum Kampfe ginge. Sie legten sich mit aller Kraft für die Lösung der gänzlichlichen Abschaffung des Pachtzinses ein. Nur mit Mühe konnte die Ordnung wiederhergestellt werden; zuletzt erhielt doch der Antrag, 30 Prozent des Pachtzinses zu errichten, Stimmenmehrheit. Dem Vollzugsausschuß wurde die Ausarbeitung der zur Verwirklichung dieses Beschlusses notwendigen Maßnahmen übertragen. Die Lösung „Zahlt drei Zehntel“ war bald in aller Munde. In den Dörfern wurde sie selbst von kleinen Kindern wiederholt. Das Vollzugsausschuß war mit Arbeit überhäuft: es entsandte in alle Bezirke Propagandisten, die Meetings einberiefen und die Verhältnisse an Ort und Stelle untersuchten. Zugleich veröffentlichte der Ausschuß einen Aufruf an die Bauern Er lautete:

„Bauern! Es ist nicht wahr, daß die Grundherren ihr Land erworben haben. Die Vorfahren der Grundherren von heute haben dieses Land uns, den Bauern, mit Gewalt weggenommen. Selbst wenn man zugeben wollte, daß sie es einst gekauft hatten, steht es doch fest, daß sie den Kaufpreis ein einziges Mal erlegten,

während die Pächter seitdem Jahrhunderte, Jahrtausende lang Zins dafür gezahlt haben. Jahr für Jahr muß der Bauer Kapital in den Boden stecken. Samen, Dünger, Pflügel, Ackergeräte, alles dies muß er unter großen Kosten anschaffen. Dazu noch unendliche Mühe und schwere Arbeit — dann erst geht der Reis auf. Die Grundherren sind es, die, ohne auch nur einen Finger zu rühren, den Löwenanteil der Ernte einheimen. Wieviel Geld haben wir selber, haben die Bauern, unsere Vorfahren, in diesen Boden hineingesteckt! Dieses Jahr hat uns ein Unglück heimgefallen. Unwetter und Hochwasser haben alles, was wir angebaut hatten, vernichtet. Der Boden, der dem Grundherren gehört, ist an Ort und Stelle geblieben — unsere Mühe und Arbeit aber, das Geld, das wir in diesen Boden hineingesteckt hatten, hat der Wind fortgeweht, das Wasser fortgespült. Und da redet man noch von Pachtzins! Wir müssen den Gutscherrn Widerstand leisten, ihnen höchstens drei Zehntel des Zinses zahlen. Die jenigen Bauern aber, bei denen es auch dazu nicht langt, brauchen überhaupt nichts zu zahlen.“

In einem an die Bezirkspolizeiamter gerichteten Rundschreiben wies das Vollzugsausschuß darauf hin, daß etwaige Konflikte zwischen Bauern und Gutscherrn zur Kompetenz des Zivil-, keineswegs aber des Kriminalgerichts gehören, daß die Polizei folglich weder Urteile fällen, noch die Bauern verhaften dürfe.

Ferner versandte der Vollzugsausschuß an alle öffentlichen Körperschaften Chinas Depeschen, in denen er sie um Unterstützung anrief und traf Anstalten zur Einberufung eines Bezirksbauerntages.

An diesem Zeitpunkte war der Bezirk von Hai-Feng bereits in zwei Lager gespalten. Die Arbeiter standen vollständig auf Seiten der Bauern. Die Kaufleute verhielten sich größtenteils neutral. Manche unter ihnen, denen es vor kommenden Komplikationen bangte, murrten über die allzu große „Rührigkeit“ des Bauernbundes. Die übrigen, besonders die Großkaufleute, die selber Landbesitzer waren, schlossen sich den Grundherren an, wie Beamte und Pfaffen es schon vormem getan hatten.

Die Studenten hörten zumeist den Familien und Sippen von Grundherren und Beamten an. Durch die Bewegung, die eine Ermäßigung des Pachtzinses anstrebte, wurden die wirtschaftlichen Interessen ihrer Familien unmittelbar gefährdet. Diesen Umstand suchten die Grundherren auszunutzen, um die Studenten gegen den Bauernbund aufzustacheln. Manche Grundherren nahmen die schlechten Zeiten zum Vorwand, um das Studium

ihrer Söhne und Brüder abzubrehen. Daher kam es, daß die Studenten, die dem Bunde anfänglich lebhaftes Sympathie entgegenbrachten, ihm nunmehr feindlich gesinnt waren. Ja, manche gingen so weit, daß sie sich zu Spitzeldiensten für die Grundherren hergaben.

Ma-Chuan-Sin, ein Student, der dem Bauernbunde angehörte, Mitglied des Vollzugsausschußes und Leiter der Sektion für Bildungswesen war, und als flüchtiger, umsichtiger Mitarbeiter geschätzt wurde, begann auf einmal den Bund zu meiden. Darüber befragt, gab er keine Auskunft und suchte um längeren Urlaub an. Auf weiteres Befragen gab er eine Erklärung ab, worin er gegen den Beschluß, höchstens drei Zehntel des Pachtzinses zu zahlen, Einspruch erhob. Wenige Tage darauf schrieb er auf das Drängen der ihm verwandten Grundherren hin dem Bezirksobmann Wan-Iso-Tsin einen Brief, in dem er die Beschlüsse des Bauernbundes mißbilligte und diesen außerdem noch der extremsten Tendenzen beschuldigte. Der Bauernbund antwortete hierauf mit unverzüglichem Ausschluß und machte den Fall der Öffentlichkeit bekannt.

Die kleinen Grundbesitzer hatten sich unterdessen aus Angst vor „Scherereien“, wie auch unter dem Zwange der schwierigen Wirtschaftslage mit der Verfügung des Bauernbundes abgefunden und gaben sich mit drei Zehnteln des Pachtgeldes zufrieden, während die Großgrundbesitzer darangingen, ihren Widerstand systematisch zu organisieren.

Sie schlossen sich mit den Vertretern der Obrigkeit zusammen, an deren Spitze der Bezirksobmann Wan-Iso-Tsin stand, ließen den alten Schutzverband der Steuerzahler wiedererstehen und kamen häufig zu Beratungen zusammen, die aber streng geheimgehalten wurden.

Die Reibungen zwischen Grundherren und Pächter dauerten ununterbrochen fort. Die Behörden ergreifen für die Grundherren Partei. Wir beschloßen einen Bezirksbauerntag einzuberufen, um über die Sache zu beraten. Die Versammlung wurde auf den 4. Juli anberaumt. Am Vorabend erließ der Bezirksobmann Wan-Iso-Tsin eine Bekanntmachung, die folgenden Wortlaut hatte:

„Der Häufelsführer Feng-Pai plant für heute einen Aufstand. Die Bauern sollen auf der Hut sein und sich nicht irreführen lassen, sonst werden sie es schwer büßen müssen.“

A Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Breslau u. Umgebung

Zentrum

Albert Gutsche, Reuschstr. 32-33
bekannt als leistungsfähige in
Leder- und Schuhbedarfs - Artikeln
Zweigstellen: 9188
1. Grabschener Straße 19-21 2. Moltkestraße 14
3. Bohrauer Straße 43 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtl. Werkstätten

9195 Schuhvogel
Friedrich-Wilhelm-Str. 11a & 66
Scheitniger Straße 12, Ecke Adalbertstraße

Adler, Phoenix und Dürkopp
Nähmaschinen für Hausgebrauch, Heimarbeit u. Gewerbe
Geringe Anzahlung, kleine Wochenraten — Madeln, Ersatz-
und Zubehörtteile, sowie Reparaturen aller Fabrikate
Josef Greulich, Mechanikermeister, Herrenstr. 24
9542

Stoff-Schufftan
Herren- und Damenstoffe
bekannt billig, reell 9283
Herrenstraße Nr. 28

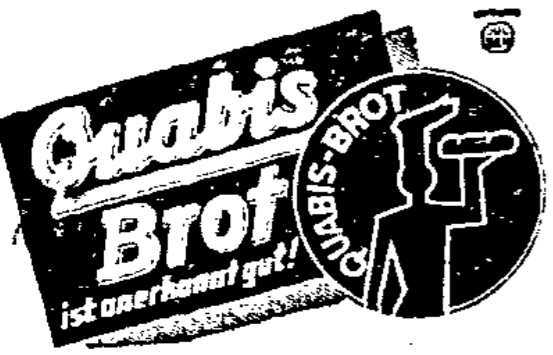
Lebensmittelhaus
Alfred Kölller
Narrazgasse 4-5 9281

Möbel jeder Art
Gehr. Miede
Neumarkt 9 9278

Leder nur von
A. M. Remak
Kupferschmiedestraße 37
9104

Damenmäntel, Mädchenmäntel
Kleider, Blusen 9374
Erich Krebs, Am Rathaus 16 17, I.
Ring, Goldarbeiterseite

Achtung! 9221
Kauf und Wiederverkäufer
kaufen Trikots, Strümpfe, Woll-
und Kurzwaren am besten bei
Martin Israel, Karlstraße 36



Nord
P. Pohl Schokoladen — Kakao
Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen 9749

Fleischerei und Wurstfabrik
Paul Bernát / Weissenburger
Straße 4 9729

Kolonialwaren, Spirituosen
Heinrich Titz Nachfolger
Trebnißer Straße 22 9187

A. Kallnich 9199
St. Vincenz-Drogerie
Rosenthaler Straße 43 — Ruf 41657

Paul Herrmann
Bäckerei und Konditorei
Trebnißer Straße 64 9191

Geld zur Pfänder
jeder Art
Lehhaus
Grundmann Joh. Lubinsky
Trebnißer Str. 21 Matthiasstr. 89
Jederzeit
Belagelbittkarte
9192, 9918

Möbel aus eigener Werkstatt
Erich Seiftheben, Kreuzstraße 48
9526

Brot-, Weiß- u. Kolonialwaren
Feinbäckerei bei
R. Otto
Adolfstraße 9 9521
Inh. Fr. Schwalbe
Blücherstraße 21
9647

Schuh-Reparatur-Betrieb
Engel
Kreuzburger Straße 1,
Ecke Matthiasstr. 9621

Schuh-Reparatur-Betrieb
Engel
Kreuzburger Straße 1,
Ecke Matthiasstr. 9621

Woll- und Wolleierprodukte
bei **F. Hoffmann**, Paulianstr. 9
und Nummer 22 30017

Kolonialwaren
Erich Weber
Lelbenna 48
30289

Arbeitsstube
Fitzschke
Leder- und Leder-
Ausschnitt
Fritz Bauch
Gneisenauplatz 3
30273

Edeka Brot
Mittelpunkt der Brot-
Lieferung
Dr. J. J. J.
Hygienisch erprobt!
Nur zu haben in
Edeka-Geschäften

Radio Reim
stets der Allerbilligste
An der Hauptpost
Eingang Katharinenstr. 9921
Reserviert R. 64
9917

Milch- und Butter
Eier, Schmalz & Margarine nur bei
CARL JOS. KESSLER, INH. O. KLEIN
da kaufen Sie billig und gut
Fr.-Wilh.-Str. 29, Klosterstr. 47, Markthalle
Gartenstr., Stand 125-126, Bismarckstr. 27

Wirtschaftswaren
am billigsten
Kaufhaus am Dom
Adalbertstraße 20 9898

Theodor Buchalf
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter
Vogelkäfige
Käfig-Utensilien
30018

H. Fleisch- und Wurstwaren bei
Larsch, Neue Sandstr. 13
Sonntags und abends geöffnet!
9748

Trinkt
Nitschke-Crem
30216

Milch- und Molkerei-Produkte
Hgnes Schneider
Oderstraße 18-19
9743

Richard Karsunky & Co.
MÖBEL
9516
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Zentrum

Blumen zu jeder Gelegenheit
Griedrich Jante, Poststraße 8
30278

Allerbilligste Bezugsquelle für
Stoffzüge u. Arbeiterbekleidung
Siegfried Sander, Neumarkt 9
Herrenkleiderfabrik 30272

Die billigste Einkaufsquelle
für das arbeitende Volk ist
die Firma
Radio-Schau, Oberstr. Ede Ring
30276

Fleisch-Zentrale
Messergasse 25
30355

Genossen, kauft eure Sport-
Artikel im **kleinen**
D.-Sport-Haus, Katharinenstr. 5
zu kleinen Preisen
gegen Ausweis 5 Proz. Kassen-Rabatt
Sportlehrer Bönnau, Inh. Wilh. Müller
30348

Kauft Schwarzähler Uhren
Preis 2,50 Mark
Schwarzähler Uhren-Vertrieb
Lehmgrabenstraße 9 30149

Damenaschen
Reissockler - Lederjoden
extra billig bei
Nelken, Reuschstr. 8-9
Ecke Büttnerstraße
Händler erhalten Extra-Preise

Brauerei-Ausschank
„Zur goldenen Marie“
Frühstücksstube
Breitestraße 39, Telefon 57185
9528

Rittermarkthalle & Gartenmarkthalle
Rind- und Schweinefleischerei
E. Heide
Rittermarkthalle
Stand 26/27 30150
Ernst Tiroke
Stand 252-258
30351

Besucht die beliebten
Odeon-Lichtspiele
Weinstraße 53-55 9376
Die billigsten Eintrittspreise
Die besten Tonfilm-Programme

Besucht das **Zentral-**
Theater
9512
Westendstraße 50-52

Gotthard Völkel
Gute Berufskleidung u. Wäsche
Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Albrechtstraße 56 30220

Vogelfutter nur bei Ritter
Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.
9190

Paul Pusch, Friedr.-Wilh.-Str. 108
Feinkost- und Molkerei-Produkte
Sämtliche Kolonialwaren 9191

Bäckerei und Konditorei
Paul Moczek
Leuthenstraße 68 9194

Oskar Laqua
Kolonialwaren 9193
Anderssenstraße 31

Kauft beim
selbstständigen
Kleinhändler!
9196

Kolonialwaren
H. & J. Gue
Anderssenstraße 2
Leuthenstraße 52
9192

Paul Gebauer
Kolonialwaren u. Lebensmittel
Posener Straße 27 und
Frankfurter Straße 31
9189

Fischgeschäft
Friedrich Thier
9195
Leuthenstraße 27

Emanuel Kroll
Molkerei
Breslau 6, Alsenstraße 21
9735

Kolonialwaren
Milch Käppert, Westendstr. 56
30271

Lebensmittelhaus
Heinrich & Co.
Frankfurter Str. 154
9282

Kolonialwaren
Obst u. Gemüse
Karl Hellmich
Pöpelwitzstr. 26
Tel. 568 22
9283

Die billigsten
und besten
Lebensmittel
bei
Egon Kraus
Schweitzerstr. 9
9384

Lokale

Verkehrslokal der Arbeiterschaft im
Kipke-Ausschank
Gertrudenstraße 15 9648

30275 **Treff aller Werktätigen**
bei **Fritz Hippe**
Gastwirtschaft „Langes Holz“
Kupferschmiedestraße 54

Reserviert 42

M. Jodek
Kurz-, Weiß- und
Wollwaren
Herren- u. Damen-
Wäsche
Vorwerkstr. 47
9747

Josef Thomas, Inhaber J. Heilig
Edeka-Geschäft 9865
Kolonialwaren, Maulflusplatz 2

Fischhaus Max Häse
Klosterstraße 48 9654
empfiehlt sich bestens

Reserviert 17 30218
Reserviert 39 30215

Nordost
Brot- u. Feinbackwaren bei
Emil Menzel Schwenkfeld-
straße 31 9103

Kolonialwaren — Obst — Gemüse
Georg Heilmann
Schwenkfeldstraße Nr. 32
9279

Milch- und Molkerei-Produkte
bei **Bressem**
9280
Brigittenthal 12

Molkerei-Produkte und Lebensmittel
E. Matwald Fürstenstraße 15
9518

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei **J. Hauer** Paul-
straße 14
9650

Achtung Händler! 9867
Kohlenhandlung N. Meilich
Kleine Fürstenstraße 20
Holz zum Wiederverkauf

Fleisch- und Wurstwaren bei
Paul Scholz
Scheitniger Str. 54 9666

Milch- und Molkerei-Produkte
A. Müllers Nachf.
Inh. Paul Katzer
Laurentiusstr. 13 30157

Rauchfleischwaren-
Geschäft
Hildegard Schmidt
Laurentiusstraße 12
30347

Reserviert F. M.
30270
Kriefern

Kolonialwaren, Delikatessen, Weine
bei **Carl Sattler, Arietenstr. 33**

Landbrot-Bäckerei, Konditorei, Café
St. Benke, Zentnistr. 12
30353

Brot- und Feinbäckerei
Arthur Nitschke
9644
Schweidnitzer Straße Nr. 9

Kolonialwaren, Delikatessen, Weine, Liköre
bei **Martin Land** Schweidnitzer
Straße 8

Fleisch- u. Wurstwaren bei
Eduard Pilz Schweidnitzer
Straße 8 9518

Kolonialwaren, Weine, Spirituosen
Zigarren, Zigarretten u. Tabak bei
Karl Riche, Trebnitz
9844
Likörfabrik und Gaststätte

Schlesische Mühlenwerke A. - G.
Hervorragende gute Weizen- u. Roggenmehle
Spezialität: Auszugsmehl „Schneeflocke“
erhältlich 30274
in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“

Breslau-Rosenthal
Rosenthaler Mühlenwerke
Aktiengesellschaft
Breslau-Rosenthal
Gersten-, Reis-, Buchweizen-, Hirse-, Hafer-Fabrikate
30148

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren
Hermann Kühn
Edeka-Geschäft
Gartenstraße Nr. 2
30153

Drogerie Rosenthal
30144
Trachenberger Str. 70

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
bei **Robert Krause**
Inh.: Otto Neugebauer
30146
Trachenberger Straße 79

Beerdigungs-Institut
Rich. Gottschlich, Burgstr. 17
9652

Das Verkehrslokal aller Werktätigen
Lokal „Zum Odersrand“
9651
M. U. H. d. a. m.

Süd

Achtung Hausfrauen! 9377
Kauft Eure Lebensmittel in der
Lebensmittel-Zentrale
Neudorfstr. 25, Ecke Sadowastr.
zu den enorm niedrigen Preisen

Mollerei und Milchgroßhandlung
Christoph Rümmer, Lehmgüldenstr. 5
9744

Kurt Neffen
Radio
Schallplatten
Hörschönstraße 71
Telefon 31006
30154

Bäckerei Franz
Hartliebstraße 22
9639
Fleischerei Heinze
Hartliebstraße 21
9640

Lebensmittel bei
Seliger
Hartliebstr. 17
9537

Kolonialwaren
Milch bei
Fritz Schimmel
Hartliebstraße 20
9638
Fleisch- und Wurstwaren
Karl Jaskulla
Hartliebstraße 13

Brot- und Feinbäckerei
Joseph Keller
9643
Hartliebstraße Nr. 13

Schne- und Reparaturen
nur bei
Paul Heister
Steinweg
9845

Palast-Theater
Dienstag u. Freitag: Programmwechsel
Stets die neuesten Tonfilme 9841

Capitol-Lichtspiele
bringt nur erstklassige Tonfilme
30001
9730

Zieh' Schuhe an
von
Dannemann

Reserviert 9733

Frisier-Geschäft
Conrad Fink
Breslauer Straße 17
9732

Reserviert

Koche brate und backe
nur mit
Gas!
Städt. Gaswerke
9842

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei
Max Schopke, Ring 54
9843

Kaufhaus
„Merkur“
Langstraße 12
Alles für d. Dame
den Herrn 9657
und das Kind!

Das Verkehrslokal aller Werktätigen
Lokal „Zum Odersrand“
9651
M. U. H. d. a. m.

Reserviert 9653

Beerdigungs-Institut
Rich. Gottschlich, Burgstr. 17
9652

Das Verkehrslokal aller Werktätigen
Lokal „Zum Odersrand“
9651
M. U. H. d. a. m.

Reserviert

Beerdigungs-Institut
Rich. Gottschlich, Burgstr. 17
9652

Schlesische Mühlenwerke A. - G.
Hervorragende gute Weizen- u. Roggenmehle
Spezialität: Auszugsmehl „Schneeflocke“
erhältlich 30274
in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“

Breslau-Rosenthal
Rosenthaler Mühlenwerke
Aktiengesellschaft
Breslau-Rosenthal
Gersten-, Reis-, Buchweizen-, Hirse-, Hafer-Fabrikate
30148

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren
Hermann Kühn
Edeka-Geschäft
Gartenstraße Nr. 2
30153

Drogerie Rosenthal
30144
Trachenberger Str. 70

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
bei **Robert Krause**
Inh.: Otto Neugebauer
30146
Trachenberger Straße 79

Beerdigungs-Institut
Rich. Gottschlich, Burgstr. 17
9652

Das Verkehrslokal aller Werktätigen
Lokal „Zum Odersrand“
9651
M. U. H. d. a. m.